

- 1 Die Pläne der Armeeführung der nächsten Jahre
- 6 Plädoyer für ein eigenes Ukrainehilfegesetz
- 10 China und Russland: Zweckbündnis statt Allianz
- 12 Projekt gegen Gewalt an Frauen in Indien

- 16 Rüstungskontrolle und Desinformation
- 22 Ruedi Tobler: Vom Ostermarsch zum Ukrainekrieg
- 26 Reportage: Sibirische Rentiernomaden in Taymir
- 30 Westsaharakonflikt: Verschiedene Massstäbe?

Armeechef Süsslis Pläne für die Armee der nächsten Jahre

Back to Cold War

Noch bevor der Bundesrat Lehren für die schweizerische Sicherheitspolitik im europäischen Umfeld aus dem anhaltenden Krieg Russlands gegen die Ukraine zieht, prescht die Armeeführung vor und propagiert die Abkehr von der bisherigen Armeedoktrin Richtung kollektiver Sicherheit hin zur (teil-)autonomen Verteidigung wie zu Zeiten des Kalten Krieges.

/ Peter Weishaupt /

Jetzt geht's los. Anderthalb Jahre nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine soll auch in der Schweiz auf ihn reagiert und eine Zeitenwende eingeleitet werden. Fiel die ausserordentliche Armeebotschaft des Bundesrates vom 15. Februar 2023 noch nicht besonders auf, ausser dass sie ausserordentlich war (siehe **FRIEDENSZEITUNG** 44 vom März), hatte die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates am 12. Januar ein Postulat eingereicht, in dem sie den Bundesrat ultimativ aufforderte, in einem Bericht bis August 2023 «darzulegen, wie die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz angesichts der Rückkehr von bewaffneten Konflikten wie dem Ukraine-Krieg gestärkt werden kann».

Die Motionsbegründung kritisiert, dass im Zusatzbe-

richt des Bundesrates vom 7. September 2022 zu dessen Sicherheitspolitischem Bericht von 2021 die Auswirkungen des Krieges nur in diffuser Weise ihren Niederschlag gefunden hätten, insbesondere zeige er nicht auf, wie die «Verteidigungsfähigkeit wiedererlangt» werden soll und wofür zusätzliche finanzielle Mittel für die Armee eingesetzt werden sollen. Der Bundesrat hatte versprochen, die gestellten Fragen in einem Folgebericht zu den erwähnten Berichten zu beantworten und zu gegebener Zeit dem Parlament zu unterbreiten, doch werde dies erst nach dem August 2023 der Fall sein können.

Die neue Doktrin des Armeechefs

Worauf jetzt die Armeespitze eingegriffen hat und Mitte August ohne ein üb-

liches Vorwort der VBS-Chefin zu solchen Präsentationen geschweige denn ihrer Anwesenheit bei der Pressekonferenz ein «Zielbild und die Strategie für den Aufwuchs» der Armee unter dem Titel «Die Verteidigungsfähigkeit stärken» vorstellte vorstellte (alle Zitate in diesem Artikel ohne Nachweis stammen aus diesem Bericht). Die von Armeechef Thomas Süssli vorgetragene neue Armeedoktrin stellt eine vollkommene Abkehr von der zaghaften konzeptionellen Ausrichtung auf kollektive Sicherheit der letzten Jahre dar, wie es im Konzept von 2004 «Sicherheit durch Kooperation» der Fall war, und richtet sich auf eine reine militärische (Gesamt-)Verteidigung analog zu Zeiten des Kalten Krieges aus. Und nimmt dabei keinerlei Rücksicht auf allfällige Ergebnisse der vom VBS Anfang Juli eingesetzten Studienkommission Sicherheitspolitik (siehe Kasten Seite 5).

Im Grundsatz geht es darum, die angeblich heute nicht verteidigungsfähige Armee mit einer «Aufwuchsstrategie» wieder auf eine autonome Totalverteidigungskraft auszurichten (siehe auch die Kolumne von Marionna Schlatter Seite 7). Das Süssli-Papier liest sich über weite Strecken, als habe die Armeeführung in

Fortsetzung Seite 2



Die Verteidigungsfähigkeit
stärken

den letzten Monaten nichts anderes getan, als täglich den Kriegsverlauf in der Ukraine aufzudatieren und daraus zu extrahieren, wie die angeblich heruntergerüstete Armee durch eine Wiederausrüstung einem möglichen russischen Angriff auf unser Land vollumfänglich standhalten könnte. Obwohl im erst gerade Ende Juni publizierten Lagebericht des Bundesnachrichtendienstes unmissverständlich steht, dass «ein bewaffneter Angriff Russlands auf die Schweiz äusserst unwahrscheinlich bleibt». Es ist tatsächlich schwer nachzuvollziehen, wie die nicht gerade sehr erfolgreiche russische Armee mit ihrer «militärischen Spezialoperation» in der Ukraine in der Lage und gewillt sein soll, Europa und insbesondere die Schweiz anzugreifen.

Die Russen in Österreich bekämpfen

Der Militärexperte der NZZ, Georg Häsler, skizziert im Anschluss an Süsslis Auftritt im Blatt, wo die künftige Bedrohung liegen könnte. In der uralten Angst der Militärs, die Österreicher könnten

einem Durchmarsch der Russen bis an unsere Grenze nicht standhalten: «Zwischen der Schweiz und dem Krieg in der Ukraine liegen Österreich und die Slowakei – und damit nur knapp 500 Kilometer des Nato-Schutzriegels. In der Luft gilt der Tirol-Korridor schon in einer normalen Lage als militärischer Schwachpunkt mitten in Europa, weil die österreichische Luftwaffe kaum Gegenwehr leisten kann. (...) Falls der Worst Case eintritt, ein bewaffneter Konflikt in Westeuropa, ist ein Angriff aus dem Raum Bregenz-Feldkirch eines der möglichen Szenarien. Die schweizerischen Bodentruppen wären heute nicht mehr in der Lage, einen Gegner über längere Zeit aufzuhalten und einen Angriff abzuwehren. (...)

Die Schweizer Armee soll also die territoriale Integrität der Schweiz nicht nur bewahren, sondern auch Gelände wieder zurückholen können. Die (Süssli-)Doktrin ist auf eine aktive Verteidigung ausgerichtet: Die Armee muss in der Lage sein, einerseits Achsen zu sperren und Räume zu halten, andererseits gegnerische Kräfte mit Gegenoffensiven zu vernichten.» Die Armee soll deshalb laut Zielbild «angreifende gegnerische Kräfte bereits ausserhalb der Landesgrenzen insbesondere durch offensive Aktionen gegen Bereitstellungen, Versorgungslinien, Führungseinrichtungen und Schlüsselsysteme in allen Wirkungsräumen» schwächen oder zerschlagen. «Ein Gegner, der jenseits der Landesgrenzen aufmarschiert, soll derart geschwächt werden, dass er nicht mehr in der Lage ist, den Rhein zu überqueren.» (NZZ 19.8.23)

Grenzen der autonomen Verteidigung

Auffallend in der neuen Armeedoktrin ist, wie ungeschminkt sie im Gegensatz zu derjenigen des Kalten Krieges eingesteht, dass eine rein autonome Verteidigung mitten in Europa längst passé ist. Natürlich vermeidet die Armeespitze jegliche Rede davon, dass die Schweiz in militärischer Logik der Nato beitreten müsste, wie dies Finnland und Schweden beabsichtigen. Doch formuliert die neue «Aufwuchsstrategie» in verschiedenen Passagen eine klare Einbettung der Verteidigungsstrategie in den Nordatlantiktakt.

«Dass die Schweiz nach erfolgter Neutralitätsverletzung mit dem Gegner eines militärisch starken Aggressors eine Kooperation eingehen und die Verteidigung gemeinsam führen könnten, war schon seit jeher Bestandteil der

schweizerischen Sicherheitspolitik. Die Option einer autonomen Verteidigung fällt jedoch von vornherein weg, wenn ein Gegner weitreichende Mittel im grossen Stil einsetzt. Dies geschieht heute über Abstandswaffen, mit denen sich Ziele auf grosse Distanzen bekämpfen lassen, d.h. aus Räumen weit ausserhalb der Schweiz. Um die Bevölkerung und die kritischen Infrastrukturen bei einem Angriff mit ballistischen Lenkwaffen zu warnen und diese im Flug abzuwehren, braucht es ein umfangreiches Überwachungs- und Abwehrsystem. Ein solches könnte die kleinräumige Schweiz allein schon aus geografischen Gründen nicht autonom betreiben.

Beträchtlich eingeschränkt wird die autonome Verteidigungsfähigkeit auch durch sogenannte Hyperschallwaffen. Zurzeit existieren gegen solche Mittel noch keine verlässlich funktionierenden Abwehrmassnahmen. Es ist jedoch absehbar, dass auch gegen diese Waffen eine autonome Verteidigung höchstens in Ausnahmefällen möglich sein wird. Wenn überhaupt, dürfte eine einigermaßen erfolgversprechende Abwehr in erster Linie in einem internationalen Verbund zu erreichen sein.»

Enge Kooperation mit der Nato

«Wird die Schweiz militärisch angegrif-

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch, PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich, IBAN CH64 0900 0000 8003 5870 1

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt.

Mitarbeit: Elisabeth Bäschlin, Friedensgutachten 2023, Sylvia Furrer, Thomas Heberer, Markus Heiniger, Armin Mössinger, Marionna Schlatter, Ruedi Tobler, zif, Zentrum intern. Friedenseinsätze.

Korrektur: Liliane Studer.

Bilder: Titelseite: und Seite 4: Swiss Army; Seite 11: Kichka; Seite 13: Armin Mössinger; Seite 15: Kichka; Seite 22: zVg; Seite 23/25: SFR-Archiv; Seite 26-29: Holger Hoffmann; Seite 32: Kichka.

Druck: Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: 2000 Ex., September 2023

Die **FRIEDENSZEITUNG** erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht auch an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–. ISSN 1664-4492



Strategische Stossrichtungen zur Verstärkung der

Adaptive Weiterentwicklung der militärischen Fähigkeiten

- die Armee damit dem raschen Wandel des Umgebungs- und Sicherheitslage Rechnung trägt,
- ein Vorgehen in überschaubaren, genau definierten Schritten von einem definierten Zustand in den jeweils nächsten zu überführen, die Verteidigungsfähigkeit stärken muss,
- das Leistungsvermögen der Armee als Ausgangspunkt für einen längeren Entwicklungszeitraum stets zu erhalten.

Nutzung von Chancen aufgrund des technologischen Fortschritts

- sich damit das Leistungsvermögen der Armee zu vergrössern und umfangreichere Lageinformationen beschaffen und Entscheidungsverzug erlangt und rascher, als in der Vergangenheit, werden kann als in der Vergangenheit,
- die Risiken reduziert werden können, denen sie ausgesetzt sind,
- durch die Digitalisierung Prozesse optimiert und in anderen Bereichen eingesetzt werden können.

Intensivere internationale Kooperation, weil

- die Armee damit von Erfahrungen und Stand der Technik gleichzeitig mit ihren Fähigkeiten einen Beitrag leisten kann,
- sich der Armee dadurch, insbesondere in der Zusammenarbeit mit anderen, zusätzliche Möglichkeiten eröffnen,
- die politische Handlungsfreiheit im Hinblick auf die eigene Sicherheit erhöht wird.

fen, fallen die neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen weg. Der Schweiz steht es dann frei, sich gemeinsam mit ihren Nachbarn zu verteidigen oder mit einem Bündnis wie der Nato zusammenzuarbeiten. Eine solche Kooperation ist allerdings nur möglich, wenn auch die Schweizer Armee substanzielle Leistungen erbringen kann. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass kein Partner mit der Schweiz eine Kooperation eingehen wird, wenn er die gesamte Last alleine zu tragen hat. (...) Zur Sicherstellung der politischen Handlungsfreiheit muss die Armee zudem fähig sein, die Verteidigung nach Wegfall der neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen auch in Kooperation mit anderen Streitkräften zu führen. Dafür muss sie vorbereitet sein, sodass einer politisch gewollten Zusammenarbeit keine materiellen, organisatorischen oder prozessualen Hindernisse im Weg stehen. (...)

Im Hinblick auf eine mögliche Kooperation muss die Armee mit den Streitkräften von potenziellen Kooperationspartnern zusammenarbeiten können. Eine solche Interoperabilität muss bereits in Friedenszeiten erlangt werden. Sie stellt sicher, dass einer politisch gewollten militärischen Kooperation so wenig Hindernisse wie möglich bei Material, Organisation oder Prozessen im

Wege stehen. Durch die Zusammenarbeit kann die Armee auch ausserhalb von gemeinsamen Einsätzen von anderen Streitkräften profitieren, beispielsweise von Know-how und Einsatzerfahrungen. Sie kann Ausbildungsinfrastruktur nutzen, die in der Schweiz in diesem Umfang nicht vorhanden ist. Die Armee kann Verfahren üben, die sich in der Schweiz aufgrund verschiedener Einschränkungen nur in geringem Umfang oder gar nicht trainieren lassen. Grosses Kooperationspotenzial besteht auch bei der Abwehr von Cyberangriffen.»

WKs künftig in Nato-Ländern?

«Geprüft werden soll insbesondere, ob auch Bodentruppen künftig vermehrt an Übungen von Partnerländern oder der Nato teilnehmen könnten, wie dies mit Verbänden der Luftwaffe und der Spezialeinheiten schon heute gelebte Realität ist. Gemeinsame Übungen dienen nicht nur dazu, die Interoperabilität zu verbessern, sondern die Armee könnte dabei auch Einsatzverfahren sowie die vernetzte Führung und die Logistik praktisch austesten, von Einsatzerfahrungen profitieren und ihr Leistungsvermögen mit anderen Streitkräften vergleichen.

Eine Einschränkung ist dabei allerdings das Militärgesetz: Schweizer Armeeangehörige können nicht dazu verpflichtet werden, Wiederholungskurse im Ausland zu absolvieren. Würden hingegen ausländische Truppen für Übungen in die Schweiz eingeladen, so könnten auch Miliztruppen gemeinsam mit ihnen üben.»

Die Lehren aus dem Ukraine-Krieg

«Militärisch von grosser Bedeutung sind vor allem die immer zahlreicheren und leistungsfähigeren Sensoren und Cybermittel. Von Belang sind im Weiteren weitreichende und präzise Wirkmittel wie Lenkwaffen, Marschflugkörper, Hyperschallraketen sowie ferngesteuerte Präzisionsmunition, die während längerer Zeit über einem Zielgebiet kreisen kann (engl. Loitering Munition). Ferner sind Entwicklungen in der Robotik, also unbemannte Systeme in der Luft und zunehmend auch zu Land und zu Wasser, zu berücksichtigen. Essenziell ist dabei die Fähigkeit, all diese Komponenten zu vernetzen, und nicht zuletzt die Möglichkeit, Informationen (und Desinformationen) über militärische Einsätze rasch zu verbreiten.

Fortsetzung Seite 4

Editorial

Autonome Illusion beerdigt

Vor vier Jahren wurde die neu gewählte CVP-Bundesrätin Viola Amherd von ihren KollegInnen ins VBS abgeschoben. Mit einigen Entscheiden hat sie für Erstaunen gesorgt, insbesondere mit der Ernennung von Thomas Süssli zum Armeechef, ohne vorherige Konsultation der Armeeverbände. Damit hat sie den etablierten Rüstungsfilz bei einem zentralen Personalentscheid ausgehebelt.

Überraschend und in klarer Abweichung von den bisherigen Gepflogenheiten hat Armeechef Thomas Süssli den Bericht «Die Verteidigungsfähigkeit stärken» veröffentlicht, den er explizit nicht als Antwort auf ein Postulat der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates verstanden wissen will. Mit Verwunderung ist angemerkt worden, dass ein Geleitwort der Bundesrätin fehlt. Das ist aber nicht erstaunlich, denn der Bericht wurde nicht dem Bundesrat zur Absegnung eingereicht, sondern gewissermassen in Eigenverantwortung des Armeechefs publiziert.

Ist der Bericht gewissermassen die Quittung von Bundesrätin Amherd für ihre seinerzeitige Abschiebung ins VBS? Es spricht einiges dafür, denn der Bericht räumt mit einigen Gewissheiten der bisherigen Armee- und Sicherheitspolitik auf. So stellt er die Neutralität ziemlich klar ins Abseits. Wir haben diese allerdings schon lange infrage gestellt – erinnert sei an unsere Broschüre «Abschied vom Inseldasein» vom Dezember 2000. Allerdings wollten und wollen wir nicht eine Anlehnung an die Nato, sondern wir setzen uns für ein stärkeres Engagement der Schweiz bei der kollektiven Sicherheit im Rahmen von UNO und OSZE ein – und dies mit aktivem Engagement im Verbund mit den Blockfreien.

Mit dem Abschied von der Illusion einer autonomen Verteidigung, den Süsslis Bericht ausführlich darlegt, sind wir im Grunde einig – allerdings kommen wir zu einem anderen Schluss. Nicht massive Aufrüstung – mit entsprechender Erhöhung der Militärausgaben, um mit der Nato allianztauglich zu werden – ist unser Ziel, sondern eine deutliche Reduzierung. Auch nach dem militärischen Überfall Russlands auf die Ukraine ist die Schweiz nach wie vor militärisch nicht bedroht. Deshalb fordern wir immer noch, dass das Schwergewicht auf die Friedensförderung gelegt wird und die Armee in erster Linie Blauhelme ausbilden soll – und so einen Beitrag zur globalen Friedenssicherung leistet.

Ruedi Tobler



Fortsetzung von Seite 3

Die Folge dieser technologischen Innovationen sind beträchtlich verbesserte Fähigkeiten, grosse Räume permanent zu überwachen, auch kleine und bewegliche Ziele präzise zu erkennen und nahezu zeitverzugslos, auf grosse Distanz und mit einer noch nie dagewesenen Genauigkeit zu bekämpfen. Gleichzeitig eröffnet die Verfügbarkeit von günstigen kommerziellen Gütern (z.B. Drohnen), die vergleichbare Wirkungen erzielen können wie teurere Waffensysteme, neue Einsatzformen und Einsatzbereiche. So werden beispielsweise billige Drohnen in grossen Mengen zur Überlastung von Abwehrsystemen eingesetzt, damit andere Angriffsmittel

die vorhandenen Systeme erfolgreicher überwinden können.

In ihrer Summe eröffnen diese Fähigkeiten völlig neue militärische Möglichkeiten. Künstliche Intelligenz in Kombination mit Robotik könnte zu einem dominierenden Faktor auf dem Gefechtsfeld der Zukunft werden. Es ist davon auszugehen, dass all diese, von der Technologie vorangetriebenen Entwicklungen in ihrer Gesamtheit die Kriegführung grundlegend revolutionieren werden – grundlegender gar als die Einführung von Funk, Flugzeugen oder Panzern in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.»

Ausreichendes Armeepersonal?

Über die Bestandesprobleme von Armee und Zivilschutz bzw. der Versuche, sie über eine Einschränkung des Zivildienstes zu «lösen», haben wir verschiedentlich berichtet, so in der Ausgabe 38 («Warum der Zivildienst das Dienstpflichtsystem nicht retten kann»), in der Nummer 41 («Den Zivildienst zertrümmern oder gar Zwangsarbeit einführen?») oder in der Ausgabe 44 (Frontalangriff auf den Zivildienst»). Im Süssli-Bericht heisst es dazu nur, dass die Armee, um ihre Aufgaben erfüllen zu können, ausreichend personell alimentiert sein müsse, was zunehmend schwierig sei. «Allerdings sind zuerst die bestehenden Alimentierungsprobleme zu lösen, bevor eine Bestandeserhöhung, die eine Anpassung der Rechtsgrundlagen bedingen würde, überhaupt ins Auge gefasst werden sollte. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass der Bundesrat gemäss Artikel 13 des Militärgesetzes die Möglichkeit hat, die Altersgrenze der Militärdienstpflicht im Falle eines Aktiv- oder Assistenzdienstes um bis zu fünf Jahre zu erhöhen, wodurch zwischen 30'000 und 60'000 zusätzliche Armeeingehörige aufgeboten werden könnten. Der Bundesrat hat damit ausreichend Handlungsfreiheit, den Armeebestand bei Bedarf zur Gewährleistung der personellen Durchhaltbarkeit auch kurzfristig zu erhöhen, ohne dass dazu Gesetze oder parlamentarische Verordnungen angepasst werden müssten.»

Die finanzielle Wunschliste der Armee

Die Ziele, um den «Aufwuchs» der Armee zu finanzieren, stehen im Mittelpunkt des Strategiepapiers. Dazu gibt es einerseits einen Überblick über das «Nutzungsende» von Waffensystemen der Armee. Dazu schreibt der Bericht, dass in der zweiten Hälfte der 2020er- und in den frühen 2030er-Jahren etliche Hauptsysteme ans Ende ihrer Nutzungsdauer gelangen. Viele dieser Systeme hätten bereits heute nur noch einen reduzierten militärischen Wert. Dann listet der Bericht auf anderthalb Seiten minutiös auf, was in den nächsten Jahren nötig wäre:

«Würden sämtliche Systeme, die in den kommenden Jahren ans Ende ihrer Nutzungsdauer gelangen, 1 zu 1 ersetzt und gleichzeitig neue Fähigkeiten aufgebaut, so würde sich der gesamte Finanzbedarf – Schätzungen zufolge – auf über 40 Milliarden Franken belaufen.

Hinzu kommt der Finanzbedarf zur Erhöhung der Bevorratung von Munition, Betriebsstoffen und Ersatzteilen. Weil sich nicht alles gleichzeitig realisieren lässt, muss daher schrittweise vorgegangen werden. Stünde mehr Geld zur Verfügung, so liessen sich diese Schritte rascher umsetzen.»

Kritik am knausrigen Bundesrat

«Für den ersten Schritt zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit werden für Investitionen in Rüstungsmaterialbeschaffungen im Zeitraum von 2024 bis 2031 insgesamt gegen 13 Milliarden Franken benötigt. Mit der vom Parlament beschlossenen schrittweisen Erhöhung des Armeebudgets auf ein Prozent des BIP bis spätestens 2030 stünden dazu genügend Finanzmittel zur Verfügung. Mit den Beschlüssen des Bundesrates zur Beseitigung des strukturellen Defizits werden die Ausgaben der Armee indes langsamer anwachsen und das Ziel von ein Prozent des BIP erst 2035 erreichen. Mit der Streckung des Ausgabenwachstums um fünf Jahre wird der vorgesehene erste Schritt zur Verstärkung der Verteidigungsfähigkeit somit in die späten 2030er-Jahre verzögert.»

Kommentar zum Süssli-Bericht im Editorial auf Seite 3 sowie in der Kolumne auf Seite 7.

VBS-Studienkommission Sicherheitspolitik eingesetzt

Am 2. Juni 2023 hat das VBS eine Studienkommission eingesetzt, die «Impulse für die Sicherheitspolitik der kommenden Jahre» geben soll. Begründet wird dies mit dem laufenden Krieg Russlands gegen die Ukraine, der «die Sicherheitslage in Europa fundamental verändert und damit auch grundlegende Fragen zur künftigen Ausrichtung der Schweizer Sicherheitspolitik stellt». Die Kommission hat ihre Arbeit Anfang Juli aufgenommen und soll in einem Jahr einen Bericht abliefern, der nicht nur Impulse für die öffentliche und parlamentarische Diskussion geben, sondern auch als Grundlage für den nächsten sicherheitspolitischen Bericht dienen soll, der für 2025 vorgesehen ist.

Den Vorsitz der Studienkommission übernimmt der frühere Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt, für die Erstellung des Berichts zuständig ist der ehemalige Chef Sicherheitspolitik des VBS Christian Catrina. Die Fraktionen im Parlament konnten ihre VertreterInnen selbst bestimmen und schickten Ständerat Thierry Burkart (FDP) sowie die NationalrätInnen Pierre-Alain Fridez (SP), Ida Glanzmann (Mitte), Thomas Hurter (SVP), François Pointet (GLP) und Marionna Schlatter (Grüne) ins Gremium.

Zusätzlich hat Viola Amherd die folgenden «Expertinnen und Experten» ernannt, nämlich den stellvertretenden

Chef Sicherheitspolitik VBS, Joachim Adler, die Professorin für Völker- und Europarecht Samantha Besson, die Präsidentin des aussenpolitischen Thinktanks Elisa Cadelli, das Economiesuisse-Vorstandsmitglied Peter Gehler, die politische Philosophin Katja Gentinetta, den Swisspeace-Direktor Laurent Goetschel, den Historiker Marco Jorio, die Co-Präsidentin der Konferenz der kantonalen Justiz- und PolizeidirektorInnen Karin Kayser-Frutschi, den Präsidenten der Offiziersgesellschaft Dominik Knill, den Kommandanten der Aargauer Kantonspolizei Michael Leupold, den Chef Policy Planning des EDA Daniel Möckli, den ehemaligen Armeechef Philippe Rebord und den Präsidenten der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr Jakob Signer.

Für eine Aussensicht auf die Schweizer Sicherheitspolitik, wie das VBS schreibt, wurde Wolfgang Ischinger eingeladen, der bis 2022 Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz war. Die Kommission kann weitere ExpertInnen für Anhörungen hinzuziehen. Über die Zusammensetzung haben Milizverbände (Armeebasis nicht vertreten) und die SVP (Neutralitätsgegner, Nato-Sympathisanten und EU-Befürworter) gewettert, dass keine VertreterInnen aus Friedensgruppen einbezogen wurden, könnte eher bemängelt werden.

Studienkommissionen für strategische Fragen haben in der Vergangenheit erhebliche Bedeutung gehabt, so die Kommission Schmid, die von 1967 bis 1969 den Bericht «Grundlagen einer strategischen Konzeption der Schweiz» erarbeitet hatte, der für Jahrzehnte die sicherheits- und militärpolitische Stossrichtung der Schweiz im Kalten Krieg (Gesamtverteidigungsideologie) beeinflusste. Oder die Kommission Brunner, die von 1996 bis 1998 die Lage nach dem Kalten Krieg analysierte. Für das VBS geht es «heute darum, im Lichte einer erneuten und voraussichtlich langanhaltenden Polarisierung zwischen westlichen Staaten und Russland sowie möglicherweise auch China eine Sicherheitspolitik zu gestalten, die den Interessen der Schweiz umfassend und nachhaltig dient und ihren Werten entspricht».

Die Armee soll in der Luft künftig fähig sein,

- bemannte und unbemannte Luftfahrzeuge abzufangen, zu identifizieren, zu begleiten, zur Landung zu zwingen und nötigenfalls auf grosse Distanz zu bekämpfen;
- bemannte und unbemannte Luftfahrzeuge, Marschflugkörper, Lenk Waffen und Kurzstreckenraketen eines Luftgegners im Rahmen einer integrierten Luftverteidigung zu bekämpfen;
- aus der Luft Bodenziele präzise und mit möglichst geringen Kollateralschäden zu bekämpfen und nach erfolgtem Einsatz eine erste Beurteilung der Wirkung vorzunehmen;
- in einem definierten Einsatzraum kleine Drohnen zu erkennen, zu identifizieren und abzuwehren;
- aus der Luft Informationen über Objekte und gegnerische Truppenbewegungen am Boden zu beschaffen;
- mit robusten Lufttransportmitteln Personen und Material über Distanzen von mehreren hundert Kilometern zu transportieren;
- die eigenen Mittel zum Eigenschutz rasch zu dezentralisieren und von dezentralen, teilweise improvisierten Standorten aus einzusetzen;
- im digitalisierten Führungsverbund Informationen verzugslos zwischen Einsatzleitstellen, luft- und bodengestützten Systemen auszutauschen;
- primär mit teilmobilen Sensoren Objekte im Luftraum zu erfassen, zu identifizieren und in einem Luftlagebild darzustellen.

Plädoyer für ein Ukrainehilfegesetz

Die Schweiz liegt gemäss dem «Ukraine-Tracker» des Kieler Instituts für Weltwirtschaft zur Zeit auf Rang 29 aller Unterstützerländer, wenn man die gesamte Regierungshilfe der verschiedenen Länder mit ihrem jeweiligen Bruttoinlandprodukt vergleicht. Eine langfristig ausgerichtete und umfangreichere Ukraine-Unterstützung der Schweiz ist deshalb ein Gebot der Stunde. Diese darf aber nicht auf Kosten der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe gehen. Es geht nicht an, die Ukraine-Unterstützung gegen die Afrikahilfe auszuspielen (siehe unten).

/ Markus Heiniger /

Die Bewältigung der Zerstörung und der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen des russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine sowie die grossen Herausforderungen, denen sich die Ukraine stellen muss, erfordern eine langfristige Unterstützung für den nachhaltigen Wiederaufbau. Es liegt auch im Eigeninteresse der Schweiz, die Ukraine mit einer umfassenden Politik, insbeson-

dere mit einem substanziellen Beitrag über einen Zeitraum von mindestens 10 bis 15 Jahren, beim Wiederaufbau zu unterstützen. Damit setzt sie ein Zeichen für Demokratie, Freiheit, Solidarität und Menschenrechte sowie für das humanitäre und internationale Völkerrecht.

Ein Gesetz für den Ukraine-Aufbau

Für dieses Vorhaben zirkulieren gegenwärtig Vorschläge im Parlament, ein Bundesgesetz vorzuschlagen, das die langfristige Unterstützung des nachhaltigen Wiederaufbaus der Ukraine zum Ziel hat. Es sollte sich mindestens an den Prinzipien für den Wiederaufbau gemäss den «Lugano-Prinzipien» orientieren (diese umfassen u.a. Partnerschaftlichkeit, Fokus auf Reformen, Transparenz, demokratische Partizipation, Geschlechtergleichstellung und Inklusion, Nachhaltigkeit). Dazu soll ein Finanzierungskonzept vorgelegt werden, das nicht zulasten der armen Entwicklungsländer geht.

Die Umsetzung des Beitrags zum Wiederaufbau in der Ukraine kann verschiedene Massnahmen umfassen, dar-

unter die Unterstützung wirtschaftlicher Reformbemühungen, den dezentralen und umweltschonenden Wiederaufbau der Infrastruktur und die Stärkung der Zivilgesellschaft und Sozialpartnerschaft. Die Schweiz könnte auch Budgethilfe auf Gemeindeebene einsetzen, um die lokale Planung und Durchführung von Projekten zu unterstützen.

Ad-hoc-Beiträge reichen nicht

Der völkerrechtswidrige Aggressionskrieg Russlands in der Ukraine stellt heute die unmittelbarste und akuteste geopolitische Herausforderung für die regelgeleitete internationale Ordnung dar. Die geopolitischen und lokalen Auswirkungen des Krieges erfordern von der Schweiz eine vorausschauende und umfassende Politik. Die langfristige Unterstützung für den Wiederaufbau in der Ukraine hat auch das Engagement für die Wahrung der Souveränität, der demokratischen Werte und der Sicherheit in Europa zum Ziel. Sie trägt zur völkerrechtlich durch die UNO-Charta geregelten internationalen Ordnung und zum Weltfrieden bei.

Der Beitrag der Schweiz zum Wiederaufbau in der Ukraine benötigt eine eigenständige rechtliche Grundlage. Denn Ad-hoc-Beiträge sind für ein Vorhaben von besonderer strategischer Bedeutung weder zielführend noch nachhaltig und unterliegen zudem finanziellen Unsicherheiten. Gleichzeitig sollte geprüft werden, ob die Aufwendungen zugunsten der ukrainischen Flüchtlinge und die mögliche Unterstützung bei der Rückkehr ebenfalls durch dieses Gesetz abgedeckt werden sollen. Für die Beratungen und den Bewilligungsprozess des neuen Bundesgesetzes wären zwei Jahre ausreichend (Parlament und allfälliger Volksentscheid).

Ähnlich wie das Osthilfegesetz

Die erfolgreichen Erfahrungen mit der Transitionshilfe für Reformen in ehemaligen kommunistischen Ländern Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion können als Modell dienen. Diese Unterstützung basierte auf einem vom Parlament gebilligten Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten

Kritik an der neuen Strategie der Entwicklungszusammenarbeit

Ende Juni hat der Bundesrat seine Strategie der Internationalen Zusammenarbeit (IZA) für 2025 bis 2028 in eine dreimonatige Vernehmlassung geschickt. Vor vier Jahren hatten die Regierung und das Parlament beschlossen, die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika bis Ende 2024 zu beenden. Begründet wurde dies damit, dass die Entwicklungshilfe geografisch stärker gebündelt werden soll. Der Rückzug aus Lateinamerika würde zusätzliche Gelder für ärmere Regionen und Länder, vor allem für Subsahara-Afrika, Nordafrika und den Mittleren Osten, freimachen. Auch künftig soll sich die IZA an der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der UNO orientieren und zu deren Umsetzung beitragen.

Doch mit der neuen Strategie will der Bundesrat nun davon nichts mehr wissen. Stattdessen will er die in Lateinamerika

eingesparten Gelder und darüber hinaus weitere Mittel aus der Entwicklungszusammenarbeit in die Ukraine umlenken. 13 Prozent des gesamten Budgets, 1,5 Milliarden Franken von insgesamt 11,45 Milliarden, sollen für Wiederaufbau und humanitäre Hilfe in der Ukraine reserviert werden. Diese Unterstützung der Ukraine ist wichtig, doch sie darf nicht auf Kosten des bewährten Engagements in den ärmeren Länder gehen.

In seiner Vernehmlassung zur neuen IZA-Strategie begrüsst der Schweizerische Friedensrat, dass die Verknüpfung der Entwicklungszusammenarbeit mit der Migration nicht mehr explizit erwähnt wird. Wie viele Stellungnahmen vor allem von entwicklungspolitischen Organisationen kritisiert er aber, dass die Aufbauhilfe für die Ukraine nicht in einem eigenen Gesetz geregelt, sondern in die IZA-Strategie gepackt wurde.

Osteuropas und auf mehrjährigen Verpflichtungskrediten. Eine separate Budgetlinie mit zusätzlichen Mitteln wurde festgelegt, um sicherzustellen, dass die Entwicklungshilfe nicht belastet wurde.

Auch der Beitrag der Schweiz zur Verringerung wirtschaftlicher und sozialer Disparitäten in der erweiterten EU (Erweiterungsbeiträge 2007, 2009 und 2014) basierte auf dem überarbeiteten Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas. Die Auszahlungskredite unterlagen der Schuldenbremse und wurden vom Bundeshaushalt und von allen Departementen kompensiert.

Der Wiederaufbau in der Ukraine stellt einen präzedenzlosen Fall dar. Es ist daher unangebracht, diesen auf dem Bundesgesetz über internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe von 1976 abzustützen. Denn der Zweck dieses Gesetzes besteht darin, dass der Bundesrat Massnahmen zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe ergreift, um insbesondere arme Entwicklungsländer zu unterstützen (Art. 5).

Zweckgebundene neue Einnahmen

Die Finanzierung des Schweizer Beitrags zum Wiederaufbau in der Ukraine sollte auf Grundlage eines neuen Bundesgesetzes und ohne Belastung der Entwicklungshilfe erfolgen. Die Finanzierung der Massnahmen können als Verpflichtungskredite für mehrere Jahre von der Bundesversammlung mit einfachem Bundesbeschluss bewilligt werden. Der Zahlungskredit würde im Bundeshaushalt mit einer separaten Budgetlinie festgelegt. Die Budgetmittel würden von allen Departementen gemeinsam kompensiert, um die Schuldenbremse einzuhalten.

Zudem kann der Bundesrat eine zweckgebundene Finanzierungsreserve erstellen und den Einsatz von neuen zweckgebundenen Einnahmen prüfen, wie etwa die Erhebung einer Sondersteuer auf ausserordentliche Gewinne schweizerischer Rohstoffunternehmen, die sie aufgrund der kriegsbedingten Auswirkungen auf den Rohstoffhandel erzielen. Sollte es in Zukunft eine internationale Einigung geben, wie mit den im Ausland eingefrorenen Geldern der russischen Zentralbank zur Entschädigung der Ukraine umzugehen ist und die Schweiz sich daran beteiligt, könnten weitere Gelder in den Wiederaufbau der Ukraine fliessen.

Die Kolumne von Marionna Schlatter

Die Vision der Armee für die Schweiz: Aufrüstung und Abschreckung

Die Armee hat Mitte August einen Bericht namens «Verteidigung stärken» veröffentlicht. Darin hat sie ihre Vision der Entwicklung der Armee und eine Verteidigungsstrategie präsentiert. Der Bericht wurde ohne politische Einordnung veröffentlicht, es fehlt ein Vorwort des Bundesrates. Das mag damit zusammenhängen, dass die Strategie Sicherheit und Verteidigung der Schweiz zurzeit in einer Studienkommission erarbeitet wird. Der Bericht präsentiert also nur, wie die Armee sich eine Verteidigungsstrategie vorstellt, aber da sie von den politischen Mehrheiten zurzeit erhält, was sie bestellt, ist es mehr als ein Gedankenspiel.

Die Armee will ihre Kompetenzen wieder komplett auf den Kampf gegen einen militärischen Gegner konzentrieren. Damit stellt sie die zivilen subsidiären Aufgaben und die militärische Friedensförderung infrage. Gleiches tut sie mit der militärischen Neutralität. Der Bericht erweckt beinahe den Eindruck, dass die militärische Neutralität eine Altlast ist, so oder so in einem Konfliktfall hinfällig, weshalb man schon heute den Bündnisfall üben sollte und sämtliche Waffensysteme und die Ausbildung in die Nato-Strukturen integrierbar macht. Das geht so weit, dass Schweizer Truppen auch im Ausland auf Waffenplätzen üben sollen.

Es ist klar erkennbar, dass für die Armee die Zeiten einer reinen Defensivarmee vorbei sind. Das liess sich im Abstimmungskampf zum neuen Kampfflugzeug F-35 bereits erahnen: Nun sollen sogenannte «Deep Strikes» zum Fähigkeitsprofil gehören, Angriffe auf den militärischen Gegner weit ausserhalb der Landesgrenze. Tief blicken lassen auch die finanziellen Vorstellungen der Armee: 50 Milliarden Franken Investitionen benötige die Armee eigentlich, um ihre Aufrüstungspläne umzusetzen. 50



Milliarden reine Investitionen, notabene ohne die Wartungskosten, halb so viel, wie Deutschland mit seinen 100 Milliarden Sondervermögen gesprochen hat, das immerhin zehnmals grösser ist als die Schweiz.

Den ersten Verfassungsauftrag der Armee, nämlich die Kriegsverhinderung und Erhaltung des Friedens, erfüllt die Armee laut Bericht mit ihrer «Existenz»: «Die Armee leistet schon allein durch ihre Existenz, ihre Bereitschaft und ihre Ausrüstung einen präventiven Beitrag zu Sicherheit, Frieden und Stabilität.» Wir sind also zurück im Kalten Krieg mit seiner Aufrüstungs- und Abschreckungslogik. Am 22. Oktober wählt die Schweiz. Und sie wird auch wählen, ob sie die Milliarden in eine Logik des Schreckens investieren will – oder in Konfliktprävention und Umweltschutz.

Marionna Schlatter ist Nationalrätin der Zürcher Grünen und Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates.

Aus Alt mach Neu?

Vorbereitend auf den für September 2024 geplanten UNO-Zukunftsgipfel stellte Generalsekretär António Guterres in seiner mit Spannung erwarteten «New Agenda for Peace» Empfehlungen für die Zukunft multilateralen Handelns in Zeiten geostrategischer Spannungen vor.

Die Agenda ist das neunte von elf Kurzdossiers, die Guterres im Vorfeld des für September 2024 in New York geplanten Zukunftsgipfels («Summit of the Future») veröffentlicht. Darin unterbreitet der Generalsekretär den UNO-Mitgliedsstaaten Vorschläge für die bevorstehenden Verhandlungen zu einem Zukunftspakt («Pact for the Future»), der auf dem Zukunftsgipfel verabschiedet werden soll. Zentrale Forderungen, etwa nach einer Stärkung von Prävention, regionalen Ansätzen sowie einem verantwortungsvollen Umgang mit neuen Technologien, sind wichtig, aber nicht neu. Die Vorstösse zur Fokussierung auf den Bereich Friedenserzwingung und zur Aufwertung afrikanisch geführter Friedenseinsätze sind ambitioniert, werfen jedoch mit Blick auf eine fehlende Strategie zur Zukunft von UNO-geleiteten Friedenseinsätzen sowie hinsichtlich ihrer Umsetzung Fragen auf.

Elf Kurzdossiers des Generalsekretärs

Die Zukunftsinitiative des Generalsekretärs geht auf seinen 2021 veröffentlichten Bericht «Our Common Agenda» zurück, der als Antwort auf eine Erklärung der Mitgliedsstaaten anlässlich des 75. UNO-Jubiläums (2020) einen umfassenden Aktionsplan zur Neuausrichtung des UNO-Systems vorschlug. Auf dieser Grundlage bilden die elf Kurzdossiers ein breites Themenspektrum ab, das von Jugendbeteiligung über einen globalen Digitalpakt bis hin zu internationaler Zusammenarbeit im Weltraum reicht.

Diese New Agenda hat mit ihrer Bezugnahme auf die richtungsweisende Agenda for Peace (1992) des damaligen UNO-Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali hohe Erwartungen geweckt. Diese wurden angesichts des russischen Angriffskrieges in der Ukraine und des



Endes der UNO-Mission in Mali (Minusma) weiter verstärkt. Kann die New Agenda vor dem Hintergrund des rauen geopolitischen Klimas ihrem ehrgeizigen Anspruch gerecht werden, den Bereich Frieden und Sicherheit auf eine neue strategische Grundlage zu stellen?

Neue Agenda, neuer Friedensbegriff?

Die New Agenda umreissst auf ihren ersten (von insgesamt 35) Seiten kritisch und ungeschönt den Status quo internationaler Zusammenarbeit in Zeiten eines neuen geostrategischen Wettbewerbs sowie alter und neuer Bedrohungen. Ähnlich programmatisch fällt Guterres' Vision eines «Multilateralismus in einer Welt im Wandel» aus: Diese mahnt neben einem universalen Präventionsparadigma etwa das «Aufbrechen patriarchaler Machtstrukturen», eine stärkere Jugendbeteiligung sowie die «Beseitigung vergangener und bestehender Ungerechtigkeiten» im globalen Handels- und Finanzsystem an.

Weitaus defensiver formuliert Guterres seine zwölf Empfehlungen zur Verwirklichung effektiveren multilateralen Handelns, die er in fünf Handlungsbereichen zusammenfasst: 1. Prävention auf globaler Ebene durch Abrüstung und präventive Diplomatie, 2. Prävention auf nationaler Ebene, etwa durch «nationale Präventionsstrategien», 3. Zukunft von Friedenseinsätzen, 4. «Neue Ansätze», z.B. zur verantwortlichen Nutzung neuer Technologien, und 5. UNO-Reformen, hin zu einem repräsentativeren Sicherheitsrat, einer revitalisierten Ge-

neralversammlung und einer gestärkten Friedensbildungskommission, der als Beratungsorgan des Sicherheitsrats und der Generalversammlung an der Schnittstelle von Frieden und Entwicklung eine grössere Rolle zukommen soll.

Vieles nicht neu, liefert aber Impulse

Viele der Empfehlungen, etwa zu Abrüstung, nationalen Präventionsstrategien oder UNO-Reform, sind nicht neu, setzen aber wichtige Impulse. Sie verorten wesentliche, unter UNO-Mitgliedsstaaten jedoch noch immer umstrittene globale Herausforderungen wie Klimawandel, technologische Neuerungen oder geschlechtsspezifische Machtdynamiken im Zentrum der Debatte um Frieden und Sicherheit. Vor allem aber spielt die Agenda die Verantwortung für Frieden und Sicherheit in die Arena nationalen Handelns zurück – und kommt damit dem vielfach bemühten Vorwurf des UNO-Interventionismus zuvor.

Bleiben Friedenseinsätze auf der UNO-Agenda?

Für den Bereich Friedenseinsätze, dem die Agenda ohnehin eine untergeordnete Rolle beimisst, werden auf den ersten Blick kaum neue Akzente gesetzt. Die Empfehlungen für einen Primat der Politik, realistische Mandate, verstärkte Integration, bessere Nutzung von Daten und digitalen Technologien, frühzeitige Planung für Transition und Beendigung von Einsätzen sowie flexiblere Ansätze sind zwar zentral, beruhen aber weitgehend auf früheren Strategiedokumenten wie dem HIPPO-Report (2015) oder der A4P-Initiative (2018).

Auch die Aufforderung an UNO-Sicherheitsrat und Generalversammlung, «ernsthaft und umfassend» über die Grenzen und Zukunft von Friedenseinsätzen nachzudenken, um «flexiblere, anpassungsfähigere und wirksamere Missionsmodelle» zu ermöglichen, lässt eine Vision des Generalsekretärs zu genau dieser Frage vermissen. Neue zukunftsweisende Impulse, die sich insbesondere grosse und zunehmend unter Druck stehende Friedenseinsätze wie die UNO-Mission in der Demokratischen Republik Kongo (Monusco) von der Agenda erhofft hatten, scheinen damit vertagt.

Friedenserzwingung wieder im Mittelpunkt des Instrumentenkastens

Einen programmatisch neuen Schwerpunkt setzt die Agenda hingegen mit ihrer Fokussierung auf den Bereich Frie-

denserzwingung (peace enforcement). Das Konzept der Friedenserzwingung ist zwar so alt wie Kapitel VII der UNO-Charta und fand bereits in Fällen wie der militärischen Intervention einer internationalen Koalition zur Befreiung Kuwaits (1991) Anwendung. Mit der Empfehlung an den Sicherheitsrat, bei Bedarf Massnahmen zur Friedenserzwingung durch multinationale Truppen oder (sub-)regionale Organisationen zu autorisieren, rückt Guterres das Konzept jedoch wieder in den Mittelpunkt des multilateralen Instrumentenkastens. Auch der Vorschlag, Staaten oder Organisationen, die nicht über die erforderlichen Fähigkeiten zur Durchführung friedenserzwingender Massnahmen verfügen, «direkt» zu unterstützen, ist neu, bleibt aber im Ungefährnen.

Aufwertung der Rolle afrikanischer Friedenseinsätze

Konzeptionelles Neuland betritt die Agenda zudem mit der Forderung nach einer «neuen Generation von Einsätzen zur Friedenserzwingung und Terrorismusbekämpfung unter Führung afrikanischer Partner» mit Sicherheitsratsmandat und finanzieller Absicherung, auch mittels UNO-Pflichtbeiträgen. Zweifellos werden Aspekte dieses Vorschlags wie etwa der Fokus auf Terrorismusbekämpfung, die konkrete Umsetzung und Parameter einer solchen Arbeitsteilung und vor allem die systematische Finanzierung aus UNO-Pflichtbeiträgen Gegenstand weiterer kontroverser Debatten sein. Wie schwierig die Aushandlung und Umsetzung solcher Einsätze in der Praxis wären, zeigen die aktuellen Diskussionen um die Rolle der westafrikanischen Regionalorganisation Ecomog in Niger.

Gleichzeitig ebnet der Vorstoss den Weg für eine substanzielle Aufwertung afrikanischer (sub-)regionaler Organisationen und ihrer Rolle in Friedenseinsätzen. Damit füllt die Agenda das Konzept der regionalen Ansätze und die in Kapitel VIII der UNO-Charta vorgesehene Zusammenarbeit mit Regionalorganisationen mit Leben – und schafft ein konkretes Anwendungsfeld für Guterres' Vision eines vernetzten Multilateralismus. Allerdings wird sich der Erfolg dieses Vorstosses an der Einhaltung der UNO-Charta, der UNO-Menschenrechtserklärung sowie dem internationalen Völkerrecht durch die durchführenden Organisationen messen lassen müssen.

ZIF-Berlin

Grussbotschaft des Friedensrates an den Wiener Hiroshima-Gedenkanlass vom 6. August 2023

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde, wie seit vielen Jahren übermitteln wir Euch auch dieses Jahr an eure Hiroshima-Gedenkveranstaltung vom 6. August 2023 in Wien eine Grussbotschaft als kleines Zeichen internationaler Solidarität. Diese Grussbotschaften werden seit bereits 25 Jahren ausgerichtet, ein Jubiläum also, doch haben wir wenig Grund zu feiern. Zwar war der 2021 in Kraft getretene Atomwaffenverbotsvertrag der UNO ein Meilenstein der Bemühungen der weltweiten Anti-Atomwaffen-Bewegungen zur Ächtung der atomaren Waffen, doch sieht die Realität erheblich anders aus, wie das Jahrbuch 2023 des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI konstatiert. Demnach hat zwar die Zahl atomarer Sprengköpfe seit den Zeiten des Kalten Krieges signifikant abgenommen, doch weisen alle Indizien auf eine gegenteilige Entwicklung zur angestrebten weltweiten Kontrolle und Abschaffung der Atomwaffen hin:

1. Statt das Potenzial der bestehenden Massenvernichtungsmittel kontinuierlich zu verringern, investieren alle fünf offiziellen Atomwaffenstaaten verstärkt in die Modernisierung ihrer Waffenarsenale und entwickeln neue Waffensysteme. Das heisst, dass die Vernichtungskapazitäten der atomaren Waffen und der Bau ihrer Einsatzträger (Raketen, U-Boote, Marschflugkörper) stark ausgeweitet werden.
2. In den letzten Jahren sind sämtliche Vereinbarungen zwischen den atomaren Grossmächten USA und Russland aufgekündigt oder sistiert worden, zuletzt der New-START-Vertrag durch Russland, das letzte verbliebene Abkommen dieser Art.
3. Die Nonproliferation der Atomwaffen ist weiterhin wesentlich gefährdet,

atomare Anwärtler wie Nordkorea, Iran, Indien und Pakistan bauen dabei immer weiter reichende Trägerraketen für ihre Atomwaffen und bauen ihre Sprengköpfe aus. Nordkorea räumt seinem Atomprogramm weiterhin Priorität als zentrales Element seiner Sicherheitsstrategie ein.

4. Die USA und die grösste Atommacht Russland bilden zwar weiterhin mit Abstand (zusammen 90 Prozent) den Hauptharst der Atomwaffenproduzenten und -besitzer. Doch die Ambitionen Chinas werden schnell grösser, innerhalb eines Jahres stieg deren Zahl von Sprengköpfen von 350 auf 410. Nach SIPRI hat das Land mit einer erheblichen Ausweitung seines Atomwaffenarsenals begonnen und könnte potenziell Ende des Jahrzehnts über mindestens so viele ballistische Interkontinentalraketen wie die USA oder Russland verfügen.

5. Nicht zuletzt aufgrund des Krieges Russlands gegen die Ukraine steigen die internationalen geopolitischen Spannungen und verhindern militärische Rüstungsbeschränkungs- und Abrüstungsbemühungen, insbesondere bei den atomaren Waffen.

6. Im Gefolge des Krieges gegen die Ukraine droht Russland kaum verhüllt mit dem Einsatz von «taktischen» Atomwaffen gegen sein Nachbarland, um eine militärische Niederlage zu vermeiden. Bereits hat Russland Atomwaffen in Belarus stationiert. Wie wir bereits vor einem Jahr konstatierten, zeigt der Krieg gegen die Ukraine im Gegensatz zu allen offiziellen sicherheitspolitischen Doktrinen also, dass Atomwaffen kein funktionierendes Instrument zur Abschreckung von Kriegen sind, sondern dass sie die fortgesetzte Führung eines konventionellen Krieges erst ermöglichen.



Tiananmenplatz, Peking, 1.10.2019: Militärparade mit Interkontinentalraketen.

Zweckbündnis statt Allianz

Peking steht eng an der Seite Russlands, meinen viele im Westen. Doch die Sicht auf den Ukraine-Krieg ist in China deutlich umstrittener als gedacht.

/ Thomas Heberer /

Chinas Umgang mit dem russischen Angriff auf die Ukraine zeichnet sich durch eine Reihe von Gegensätzen aus. Die chinesische Regierung betont einerseits, die Souveränität und territoriale Integrität aller Staaten müsse gewährleistet werden, enthielt sich andererseits aber bei der Abstimmung über die Verurteilung Russlands im UNO-Sicherheitsrat. Chinas Regierung weist den USA und der Nato die Verantwortung zu, die Sicherheitsinteressen Moskaus nicht ausreichend berücksichtigt zu haben, ruft aber dennoch zur Rückkehr an den Verhandlungstisch auf.

Peking hat den Völkerrechtsbruch Russlands bis dato nicht verurteilt, jedoch wiederholt erklärt, sich an westliche Sanktionen gegenüber Moskau halten zu wollen. So haben die wichtigsten chinesischen Handelsbanken bereits 2022 angekündigt, keine Akkreditive zur Aussenhandelsfinanzierung mehr mit Russland abzuschliessen, und chinesische Hersteller wollen keine Ersatzteile und Komponenten für die russische Luftfahrtindustrie mehr liefern.

Kostspielige Unterstützung Chinas

In China selbst gibt es hinsichtlich des Krieges ganz unterschiedliche Positionen. Nationalistische Kreise weisen primär den USA und der Nato die Schuld zu und hoffen auf einen russischen Sieg, insbesondere auch im Hinblick auf die Reaktion bei einem künftigen militärischen Vorgehen gegenüber Taiwan. Namhafte Intellektuelle hingegen setzen sich durchaus kritisch mit der Politik ihrer Regierung auseinander.

So vertritt der Soziologe Sun Liping von der Tsinghua-Universität die Meinung, Russland sei keine Grossmacht mehr und werde von den USA und vom Westen nicht ernst genommen. Durch die Invasion melde Putin neuerlich einen Weltmachtanspruch an. Der Krieg werde allerdings Russland und seine

internationale Rolle weiter schwächen. Sein Kollege, der Historiker Qin Hui, ist wiederum der Meinung, dass Putin sein Imperium wieder errichten und als «neuer Zar» fungieren wolle. Zugleich wolle er von inneren Problemen ablenken. Sein Krieg habe im Grunde bereits mit der Annexion der Krim im Jahre 2014 begonnen. Je mehr Russland zum Pariastaat werde, desto kostspieliger sei eine Unterstützung Putins für China, besonders in Bezug auf Sanktionen und die Negativwirkung auf das globale Ansehen des Landes.

China muss Russland Grenzen setzen

Andere Wissenschaftler wie Hu Wei, Vorsitzender des Public Policy Research Center in Shanghai, raten der chinesischen Regierung, sich von Russland zu distanzieren. Der Krieg habe die internationale Führungsrolle der USA gestärkt, wodurch die Gefahr einer Isolierung Chinas wachse. China sei die einzige Macht, die dem Vorgehen Putins Grenzen setzen könne, das könne und müsse Peking nutzen. Wang Huiyao, Präsident des Thinktanks Center for China and Globalization, schreibt, China möchte im Kern keine antiwestliche Allianz mit Russland, sondern sei mehr daran interessiert, seine Beziehungen zu den USA und anderen westlichen Staaten zu stabilisieren.

Der Marsch der Wagner-Söldner auf Moskau unter ihrem Anführer Jewgeni Prigoschin wurde in China unterschiedlich wahrgenommen. Vertreter des chinesischen Aussenministeriums betonten in einem Gespräch mit dem russischen Sonderbeauftragten und Vize-Aussenminister Andrey Rudenko am 25. Juni lapidar, es handle sich um eine innere Angelegenheit Russlands und China unterstütze die Wahrung der Stabilität in diesem Land. Von Xi Jinping kann man annehmen, dass ein Sturz Putins für ihn einen erheblichen Rückschlag bedeuten würde: der Verlust eines wichtigen Partners im Machtkampf mit den USA, Instabilität in einem Nachbarland, mit dem Peking 4000 Kilometer gemeinsame Grenze teilt, sowie eine grössere Unberechenbarkeit, wohin Moskau tendiert.

Schwächung Chinas vermeiden

Die Volksbefreiungsarmee publizierte auf ihrer medialen Plattform gleichzeitig einen Bericht über Maos Bemühen 1927, die absolute Führung der Kommunistischen Partei über die Streitkräfte sicherzustellen, wohl um Xi Jinping zu signalisieren, dass sich solch ein Ereignis wie in Russland in China nicht ereignen könne. Zugleich dürfte Xi die Vorzüge seiner Politik in den letzten zehn Jahren bestätigt finden: auf der einen Seite die erfolgreiche Bekämpfung von Korruption in den Streitkräften, aber auch die verstärkte Unterordnung der Streitkräfte unter sein Kommando.

Auf der Funktionärsenebene wurden Zweifel an der Stabilität Russlands geäussert und gefragt, ob das Land ein zuverlässiger Partner sei. In den sozialen Medien wiederum wurde vielfach diskutiert, was dieser Vorfall für China bedeute. Es wurden historische Parallelen gezogen, etwa im Hinblick auf die Rebellion des Generals An Lushan im Jahre 775, der sich zum neuen Kaiser erklärte hatte, letztlich aber scheiterte. Allerdings büsste China aufgrund der dadurch bedingten Schwächung politischen Einfluss auf benachbarte Völker ein. Der Tenor dieser Debatten ist, dass es auch in China immer wieder Ränkespiele dieser Art gegeben hat, der Ausgang jedoch ungewiss sei und sich in der Gegenwart nicht wiederholen dürfe, um eine Schwächung Chinas zu vermeiden.

Chinesische Imperialismusdebatte

Interessant ist das Aufkommen einer chinesischen Debatte über Imperien und deren Rolle in der heutigen Welt. In westlichen wissenschaftlichen Diskussionen spielte diese in den letzten Jahrzehnten eine eher nachgeordnete Rolle. Die Welt ging davon aus, dass mit dem Zerfall der Sowjetunion die Geschichte der Imperien zu Ende gegangen sei. Francis Fukuyama proklamierte entsprechend das «Ende der Geschichte». Der international bekannte Politikwissenschaftler Yu Keping, Direktor des Forschungszentrums für Chinesische Politik an der Peking-Universität, legte nun die erste chinesische Monografie zum Thema Wiederkehr der Imperien vor. Sein

Ausgangspunkt ist die Rückkehr von Imperien vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Russland ist für ihn dabei ein Paradebeispiel dieser Rückkehr, die nachhaltig negative Folgen für die globale Ordnung und den weiteren Fortschritt der Globalisierung mit sich gebracht hat. Yus kritische Position ist zugleich Ausdruck der Tatsache, dass die Frage des russischen Angriffs auf die Ukraine in der intellektuellen Gemeinschaft Chinas und auch innerhalb der chinesischen Bevölkerung kontrovers diskutiert wird.

Laut Politikwissenschaftlern an der Tsinghua- und der Peking-Universität ist die chinesische Gesellschaft in dieser Hinsicht gespalten. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weisen darauf hin, dass signifikante Teile der Bevölkerung, besonders in den südlichen Landesteilen, im städtischen Raum, unter älteren Jahrgängen sowie höheren Einkommensschichten und unter Gebildeten, das russische Vorgehen verurteilen. So erklärte der Dekan einer grossen und renommierten Pekinger Politikwissenschaftsfakultät, in seiner Fakultät gebe es nicht einen einzigen Unterstützer Putins. Diese Unterschiede treten auch auf unterschiedlichen Online-Plattformen zutage. So ist auf WeChat, das grossteils von Gebildeten, Städtern und einkommensstärkeren Schichten verwendet wird, die Ablehnung grösser als auf Douyin, wo sich vielfach ein ungezügelter Nationalismus breitmacht.

Die Kosten einer engen Anlehnung

Ein langjähriger chinesischer Russlandkenner und Professor an einer grossen Pekinger Universität ist der Auffassung, Russland sei nicht in der Lage, die Ukraine zu erobern, da es bereits einen erheblichen Teil seiner zur Verfügung stehenden Ressourcen verbraucht habe. Es dürfe nicht übersehen werden, dass Putin von den russischen Eliten manipuliert worden sei. Die wichtigen Gebietsgouverneure stützten ihn und auch die Bevölkerung stehe in ihrer grossen Mehrheit hinter ihm. Der Krieg werde sich von daher lange hinziehen, denn Putin müsse Erfolge vorweisen, um seine Macht nicht zu verlieren. Dieser Zeitpunkt sei aber noch nicht in

Sicht, zumal die Maximalforderungen Moskaus und Kiews gegenwärtig völlig konträr seien. Letztlich sei Chinas Einfluss daher begrenzt.

Die Kosten der engen Anlehnung an Russland sind hoch und haben zur Verschlechterung des Ansehens Chinas in den westlichen Ländern beigetragen. Zahlreiche chinesische Expertinnen und Experten haben vor einer zu engen Anlehnung gewarnt. Inzwischen scheint Präsident Xi deren Kosten begriffen zu haben, zumal die EU, Japan und Südkorea weitgehend an der Seite der USA stehen. Trotzdem möchte Xi an einer «russlandfreundlichen Neutralität» festhalten.

Der chinesische Friedensvorschlag

China hat im März 2023 einen eigenen Vorschlag zur Beendigung des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine vorgelegt. Während Präsident Selenskyj diesen Vorschlag begrüsst, wurde er vom Westen als «zu allgemein» abgetan. Laut chinesischen Expertinnen und Experten weist dieser Vorschlag auf das Problemgemenge hin. Ein Lösungsvorschlag ist er nicht und kann er gegenwärtig auch nicht sein, da bisher weder Kiew noch Moskau zu ernsthaften und kompromissbereiten Verhandlungen bereit sind. Gleichwohl hat Xi den früheren chinesischen Botschafter Li Hui sowohl nach Moskau als auch nach Kiew entsandt, um Möglichkeiten für eine Verhandlungslösung auszuloten. Sollte es China langfristig gelingen,

zu einer Lösung beizutragen, würde das sein internationales Renommee, vor allem in Europa, deutlich erhöhen.

Letztlich sucht Peking zwar kooperative Beziehungen mit Moskau, ist im Prinzip aber gegen den Krieg in der Ukraine. Eine Verurteilung Russlands hätte nur geringen Nutzen für China, denn an der US-amerikanischen Eindämmungspolitik gegenüber China würde sich wohl grundsätzlich nichts ändern. Sollte sich jedoch China von Russland abkoppeln, würde so jede Form der Einflussnahme auf Moskau unmöglich gemacht werden. Solange Peking Moskau nicht verurteilt, sondern gute Beziehungen pflegt, erhält es sich auch seine Einflussmöglichkeiten. Zudem ist noch in guter Erinnerung, dass das Land in den 1960er- und 1970er-Jahren sowohl von Moskau als auch von Washington isoliert war. Eine Situation, die sich nicht wiederholen soll.

Kein Interesse an einer Eskalation

Zugleich hat China kein Interesse an einer weiteren Eskalation des Krieges. Insbesondere, weil dieser zu einem Schulterschluss zwischen der EU und den USA sowie zu grösserer Übereinkunft der EU-Staaten untereinander geführt hat, was sich negativ auf das Seidenstrassen-Projekt und den chinesischen Aussenhandel auswirkt. China befürchtet zudem Russlands Abstieg und dessen Folgen für Peking, gemäss dem Motto: «Wenn der Westen Russland niederringt, wird China der Nächste sein.»

Bei der Beziehung zwischen Russland und China handelt es sich nicht um eine Allianz, sondern um ein Zweckbündnis zur Eindämmung des globalen US-amerikanischen Einflusses. China sieht den primären Herausforderer in den USA, nicht in Russland. Zudem ist die Beziehung ausgesprochen asymmetrisch: China ist nicht mehr Juniorpartner Moskaus, wie in den 1950er-Jahren, sondern mittlerweile zum Seniorpartner aufgestiegen. Die russische Abhängigkeit von China ist heute zudem erheblich grösser als umgekehrt. Russland gilt lediglich als ein Partner gegen die China herausfordernde US-Dominanz.



Fortsetzung Seite 14

Initiative zur Selbstverteidigung

Mädchen und junge Frauen sind in Indien permanent von Gewalt und sexuellen Übergriffen bedroht. Zahlreiche Medienberichte aus Indien über Gruppenvergewaltigungen und sexuelle Gewalt an Kindern schockieren weltweit und machen deutlich, wie wichtig es ist, Mädchen und junge Frauen durch Förderprogramme zu schützen und noch mehr Aufmerksamkeit für diese Problematik im öffentlichen Diskurs zu schaffen.

/ Armin Möisinger /

Sexuelle Belästigungen und Übergriffe sind eine oft tabuisierte Gefahr vor allem für indische Mädchen im ländlichen Kontext. Neue Gesetze allein reichen nicht aus, um Frauen vor Gewalt zu schützen und alte Geschlechterrollen sukzessive aufzubrechen. Frauen sind in der stark patriarchalisch geprägten Gesellschaft trotz der rechtlichen Gleichstellung von Frauen und Männern nach wie vor in sehr vielen Lebensbereichen strukturell benachteiligt. Es reicht nicht, auf dem Papier gleichberechtigt zu sein, sondern die Gleichberechtigung muss in den Köpfen aller Menschen ankommen. Hier setzt ein Projekt der Hilfsorganisation *Sonne-International* mit einem

mutigen Ansatz an und stärkt Mädchen sowohl körperlich als auch mental.

Schulprojekt schafft nötige Vertrauensbasis

Ein hoher Anteil der Bevölkerung von Bihar (dem ärmsten Bundesstaat Indiens) gehört der Dalit-Kaste an – sie sind die «Unberührbaren». Innerhalb des Kastensystems sind sie die meistdiskriminierte Bevölkerungsgruppe. Aufgrund ihrer Armut haben nur wenige Kinder dieser Kaste Zugang zu formeller Bildung und die Möglichkeit, an schulischen Sportaktivitäten oder Förderprogrammen teilzunehmen. Die Eltern arbeiten meist als Tagelöhner und verdienen nicht genug, um ihre Kinder in oft weit entfernte öffentliche Schulen schicken zu können. Deshalb betreibt die Hilfsorganisation Sonne-International in der Nähe von Bodhgaya bereits seit 2012 mehrere Dorfschulen für insgesamt ca. 350 Kinder, um diesen marginalisierten Kindern einen Zugang zu Bildung zu ermöglichen.

Von Beginn an betreue ich unser Bildungsprogramm in Indien als Projektleiter. Nach meiner ersten Reise ins Projektgebiet im November 2012 war mir sofort bewusst, dass die Frauen dort auf vielen Ebenen stark benachteiligt

sind. Als wir 2014 eine ehrenamtliche Lehrerin aus Österreich vor Ort hatten, begannen wir, zusätzlich zum regulären Schulunterricht auch Workshops für unsere Schülerinnen anzubieten, in denen sie für das Thema sexuelle Gewalt und Belästigungen sensibilisiert und über ihre Rechte aufgeklärt wurden, um ihnen dadurch mehr Selbstbewusstsein zu vermitteln. Die Gleichberechtigung von Frauen und die Stärkung ihrer Rolle innerhalb der Gesellschaft ist für unsere Organisation bei allen Interventionen immer ein zentrales Anliegen.

Mit einer spontanen Idee hat alles begonnen

Anfang 2014 bekam ich die Möglichkeit, ein Förderprojekt beim Österreichischen Sportministerium einzureichen. Neben Sportprojekten in Österreich werden hier auch Projekte im Bereich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit gefördert. Die Voraussetzung war jedoch, dass eine sportliche Aktivität den Kern des vorgeschlagenen Projekts bilden muss. Das brachte mich auf die Idee, Selbstverteidigungskurse für unsere indischen Schülerinnen anzubieten. Unsere Volontärin und meine Kolleginnen in Indien waren von der Idee begeistert. Dass unsere Schülerinnen bei diesen Kursen mitmachen würden, war ebenfalls zu erwarten, aber hinsichtlich der Akzeptanz der Eltern gab es Bedenken. Allerdings erwies sich, dass das Vertrauen der Menschen vor Ort in unsere MitarbeiterInnen dank unserer Schulen und der umfangreichen Begleitmassnahmen für die Bevölkerung durchaus gegeben war. Ohne dieses Vertrauen wäre der anhaltende Erfolg unseres Pilotprojekts undenkbar.

Zum Glück bekamen wir die Förderung vom Sportministerium tatsächlich und konnten im Sommer 2014 mit unserem Pilotprojekt in Indien beginnen. Seither bieten wir an unseren Schulen in Indien regelmässige Selbstverteidigungskurse (dreimal pro Woche) für ca. 100 junge Mädchen an, um sie präventiv auf eventuelle gewaltsame Übergriffe vorzubereiten. Darüber hinaus wird ihre Rolle innerhalb der Gesellschaft gestärkt. Die Mädchen haben richtig Spass an der Sa-



Friedenskalender 2024 zu Frauen

Bereits zum 28. Mal erscheint 2024 der vom Schweizerischen Friedensrat herausgegebene Postkartenkalender, fürs kommende Jahr mit einer Palette von Frauenbildern. Zwölf abtrennbare farbige Postkarten enthalten Sujets verschiedener Fotografinnen. Weiter informiert der Kalender wie immer über die internationalen Tage der UNO sowie die wichtigsten Friedenstermine des nächsten Jahres. Er wird allen SFR-Mitgliedern sowie den Abonnentinnen und Abonnenten der **FRIEDENSZEITUNG** Mitte Oktober zugestellt und kann für 25 Franken unter info@friedensrat.ch nachbestellt werden.

che. Um die Kooperation mit der lokalen Dorfbevölkerung weiter zu verbessern, führt der lokale Projektkoordinator Aufklärungsgespräche mit den Eltern unserer Schülerinnen und mit Mädchen aus den Dörfern durch. Mehrere hundert Mädchen konnten dank unserer Initiative ihr Selbstbewusstsein stärken. Wir sind noch immer fest davon überzeugt, dass unser Ansatz die Rolle der indischen Frauen nachhaltig verbessert.

Kurz nach dem Start besuchte ich das Projekt vor Ort und war sehr glücklich über das, was ich sah: Aus unseren schüchternen Schülerinnen waren selbstbewusste Mädchen mit einer aufrechten und selbstbewussten Haltung geworden. Während des Karatekurses waren alle Teilnehmerinnen extrem konzentriert und voll und ganz bei der Sache. Die Leidenschaft, die in ihren Augen sichtbar war, ist ein wesentlicher Teil meiner Motivation, dieses Projekt weiter auszubauen.

Prävention von sexuellen Übergriffen

Zum Glück trauen sich in westlichen Ländern immer mehr Frauen, ihre Stimme gegen Gewalt zu erheben, und Opfer machen ihr Schicksal öffentlich. Dieser Diskurs ist wichtig und schafft Bewusstsein. Auf die Dalit-Mädchen aus dem indischen Hinterland hört allerdings niemand. Wir wollen auch diesen Kindern eine Stimme geben. Es leben rund zwei Milliarden Menschen in Indien, und davon sind nicht ganz die Hälfte Mädchen und Frauen. Wir können leider nicht allen helfen, aber es zählt für uns jede Einzelne. Deshalb haben wir mit dieser Initiative begonnen und versuchen, sie auf weitere Partnerschulen auszuweiten, denn jedes einzelne Mädchen ist es wert, dass wir uns für seine Sicherheit einsetzen.

Mit unseren Selbstverteidigungskursen für Mädchen in Indien bieten wir seit fast zehn Jahren eine Massnahme zur Prävention von sexuellen Übergriffen an. Seit 2014 haben über 600 Mädchen an unseren Selbstverteidigungskursen teilgenommen. So lernen sie, sich körperlich zur Wehr zu setzen und selbstbewusst aufzutreten. Durch das Erlernen von Karate erlangen die Mädchen in unseren Kursen nicht nur die Fähigkeit zur Selbstverteidigung, sondern entwickeln auch ein gestärktes Selbstbewusstsein und eine positive Einstellung zu sich selbst. Sie lernen, ihre Stimme zu erheben und für ihre Rechte einzustehen. Die Auswirkungen des Karateunterrichts



gehen weit über die physische Selbstverteidigung hinaus.

Die Mädchen, die wir durch unsere Karateworkshops stärken, werden die Mütter von morgen sein. Selbstbewusste Frauen werden ihre Kinder vermehrt zu emanzipierten Frauen erziehen, und so kann sich über Generationen die Rolle der Frauen in Indien nachhaltig verbessern. Im Training erfahren die Mädchen, dass sie mit der richtigen Technik auch körperlich überlegene Gegner in die Flucht schlagen können. Und dabei merken sie, dass sie Belästigungen und Übergriffe nicht hinnehmen müssen, sondern sich wehren können und dürfen. Das lässt sie im Alltag gleich viel sicherer auftreten. Damit wird nicht nur jede einzelne Teilnehmerin gestärkt – auch die Rolle von Frauen in der indischen Gesellschaft wird sich langfristig verbessern.

Niedere Kasten besonders betroffen

Ein Grund für die Belästigung von Mädchen ist die fehlende sexuelle Aufklärung. Sexualität wird in der indischen Gesellschaft absolut tabuisiert. Dabei geht auch um Macht, denn vielen indischen Männern fällt es schwer, die eigene Machtlosigkeit zu akzeptieren und sie nicht durch Machtausübung gegenüber den Frauen zu überdecken. Leider schauen viele Menschen bei sexueller Belästigung einfach weg, was zu einer Normalisierung von Gewalt und Abwertung der indischen Frauen führt. Viele Opfer schweigen aus Angst vor sozialer Ächtung. Sexuelle Gewalt darf nicht zum Alltag einer indischen Frau gehören. Unter den Vergewaltigungsopfern sind überproportional viele Frauen

aus den niederen Kasten und der Gruppe der Dalits vertreten. Sie werden als unrein, verachtenswert und leicht zu haben betrachtet.

Damit Frauen in Indien sicherer werden, muss sich auch das System ändern – es müssen mehr Frauen in weiteren wichtigen Gremien vertreten sein. Durch unser Schulprojekt bauen wir darauf, unsere Schülerinnen bestmöglich auszubilden, damit sie später einen guten Job bekommen und ihre Rahmenbedingungen selbst mitgestalten können. Obwohl seit der Massenvergewaltigung von 2012 viele neue Gesetze zum Schutz vor Vergewaltigung erlassen wurden, trauen sich die meisten Opfer nicht, sich bei den zuständigen Behörden zu melden, oft aus Scham oder weil sie ihren Peiniger persönlich kennen und daher Angst vor den Konsequenzen haben.

Patin für Bildungsprojekt

Ich bin fest davon überzeugt, dass sportliche Aktivitäten ein wesentlicher Bestandteil von Bildungsprojekten sein müssen, weil sich der Ausgleich zum regulären Unterricht positiv auf die Lernerfolge und die generelle Entwicklung auswirkt. Unsere LehrerInnen erzählen, dass sich die Mädchen, die am Karateworkshop teilnehmen, im Unterricht besser konzentrieren können. Internationale Freiwillige sind ein wesentlicher Bestandteil unserer Projekte, denn sie können mit ihrem Wissen und ihrem Engagement vor Ort sehr viel beitragen. Vor ein paar Jahren hat mich Lydia Sarlay aus der Schweiz nach Indien begleitet. Als Patin unterstützte sie seit einigen Jahren

Fortsetzung Seite 14

unser Bildungsprojekt. Sie war selbst in einem Karateverein und wollte unbedingt unsere Selbstverteidigungskurse in Indien vor Ort sehen und auch gemeinsam mit den Mädchen trainieren. Dieses Erlebnis hat sie so nachhaltig begeistert, dass sie seitdem unsere Organisation ehrenamtlich unterstützt und aktiv Kooperationen in der Schweiz ermöglicht.

Herzlicher Empfang für Lydia Sarlay

«Ich unterstütze *Sonne* in Myanmar schon lange Zeit und hatte vor vier Jahren die Chance, die Projekte und mein Patenkind direkt vor Ort zu sehen. Als begeisterte Karateka lag mir das Projekt in Indien aber natürlich besonders am Herzen, und so freute ich mich über die Gelegenheit, im Lauf meiner Indien-Reise auch das Sonne-Karateprojekt in Bihar besuchen zu können. Nach einer langen, holprigen Zugfahrt wurde ich spät abends vom lokalen Sonne-Projektmanager und vom Sportlehrer der drei Sonne-Schulen herzlich empfangen.

Gleich am ersten Tag bat mich die Direktorin, mit ihr die Englischstunden zu unterrichten, und in Mathe und Sport war ich dann ab Tag 2 ebenfalls

dabei. Es ist unbeschreiblich toll zu sehen, mit welchem Eifer und mit welcher Freude die Kinder dort den Unterricht besuchen und dankbar sind, dass sie kostenlosen Zugang zu Bildung erhalten, der ihnen als Angehörige der «Unberührbaren» (der untersten Kaste) ansonsten wohl verwehrt bliebe.

Hoffnung für künftige Generationen

Ich schloss die Kids sofort in mein Herz. Besonders spannend wurde es dann in den Karatestunden, welche dreimal pro Woche nach dem Unterricht speziell für die Mädchen von der engagierten Lehrerin Radha abgehalten werden. Die Mädchen zeigten da nämlich, was sie draufhaben – mit vollem Einsatz und grosser Freude am Training. Ich war beeindruckt zu sehen, wie stark und selbstbewusst diese jungen Mädchen, die allzu leicht Opfer von Gewalt und Misshandlungen werden können, an die Sache herangehen. Zu wissen, dass diese Mädels eines Tages zu starken, selbstbewussten Frauen (und Müttern) heranwachsen werden, lässt Hoffnung aufkommen, dass die kommenden Generationen die immer noch sehr stark traditionell geprägte Gesellschaft langsam ändern und öffnen können.» (Lydia Sarlay)

Tiefgehende Interessenunterschiede

Für China bleiben die USA und auch die EU wirtschaftlich deutlich wichtiger. So beträgt die ökonomische Leistung Russlands lediglich ein Zehntel jener von China. Russlands Bruttoinlandsprodukt entspricht gerade einmal dem einer chinesischen Provinz wie Guangdong. Zudem gibt es Interessenkonflikte zwischen beiden, etwa im Hinblick auf den wachsenden Einfluss Chinas in den Ländern Zentralasiens, der auf dem Gipfel Pekings mit fünf zentralasiatischen Staaten im Mai noch einmal deutlich wurde. Den fünf Ländern wurden massive Unterstützungsprogramme beim Ausbau ihrer Infrastruktur zugesagt sowie die Vertiefung der Beziehungen auf allen Gebieten. Stimmen aus Moskau warnen bereits vor diesem wachsenden Einfluss, vor allem mit Bezug auf Zentralasien.

In westlichen Debatten werden China und Russland oft fälschlicherweise gleich eingeordnet. Eine Gleichsetzung Putins mit Xi übersieht jedoch die tiefgehenden Interessenunterschiede sowie die unterschiedlichen Motive beider, auch im Hinblick auf die Gestaltung der Weltordnung. Für China sind die Beziehungen zum Westen letztlich wichtiger als die zu Russland, zumal zwischen beiden Ländern historisch gesehen, stets eine Kultur des wechselseitigen Misstrauens bestanden hat. Indem beide Länder in einen Topf geworfen werden, verspielt der Westen nicht nur die Chance internationaler Kooperation mit China, sondern heizt den geopolitischen Konflikt zusätzlich an.

Xi hat im April eine Global-Security-Initiative vorgeschlagen, um eine Lösung für globale Fragen wie Krieg und Frieden, die Verletzung der Souveränität von Staaten sowie das verbreitete Blockdenken zu besprechen und im Rahmen der UNO-Charta eine neue globale Sicherheitsarchitektur zu schaffen. Dies signalisiert zwar Pekings Bereitschaft zum Dialog in globalen Fragen, Voraussetzung für diesen wäre jedoch eine Einigung der USA und Chinas über Grundfragen einer neuen Charta sowie Kompromissbereitschaft auf beiden Seiten. Solches liegt aber gegenwärtig in weiter Ferne.

Thomas Eberer ist Autor des IPG-Journals der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin.



Hast du bereits Pläne für die nächsten Monate?

Freiwilligeneinsätze weltweit mit SCI Schweiz

SCI Schweiz - scich.org
Monbijoustr. 32, 3011 Bern / 031 381 46 20 / info@scich.org

Kein gutes Klima für Abrüstung

Das jährliche Treffen des «European Network Against Arms Trade» (ENAAAT) fand in diesem Jahr am letzten Juniwochenende in der Schweiz statt. Es wurde am Freitagabend, 23. Juni, an der Universität Bern mit einer öffentlichen Veranstaltung über den UNO-Atomwaffenverbotsvertrag eröffnet. Wo steht der Vertrag? Wird er etwas nützen, auch wenn ihn die Atomwaffenmächte (noch) nicht ratifiziert haben? Kann der Vertrag die Grundlage für einen künftigen Weltfrieden und eine Sicherheitsarchitektur sein? Diese Fragen diskutierten Florian Eblenkamp (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons ICAN), Wendela de Vries (Campagne tegen Wapenhandel, Netherlands), Ruth Rohde (Corruption Tracker Project/Arms Information Centre), Daniele Taurino (Movimento Nonviolento/Rete italiana

Pace e Disarmo) unter der Leitung von Jan Jirát (WOZ).

Im zweiten Teil des Podiumsgesprächs standen die Fragen zur Schweiz im Mittelpunkt: Was wäre der Vorteil eines Beitritts der Schweiz zum Atomwaffenverbotsvertrag? Warum hat der Bundesrat den Vertrag noch nicht unterzeichnet? Wie können wir den Prozess beschleunigen? Mit SP-Ständerat Carlo Sommaruga, der grünen Nationalrätin Marionna Schlatter, der grünliberalen Nationalrätin Melanie Mettler und Jonas Heeb von der GSoA. Die Debatte kann unter <https://en.gsoa.ch/tpnw-debate/> nachgehört werden.

Laut dem Report *Don't Bank on the Bomb* legte die UBS von Januar 2019 bis Juli 2021 2562,2 Millionen US-Dollar in Firmen an, die an der Produktion von atomaren Sprengkörpern beteiligt wa-

ren, die Credit Suisse 2058,6 Millionen, die Nationalbank 64,4 Millionen, die EFG International 113,0 Millionen, Pictet 60,7 Millionen, Company Financière Tradition 23,4 Millionen und die Quareo Capital 0,7 Millionen Dollar. Am Wochenende trafen sich die Frauen und Männer des Netzwerks, legten ihre Jahresberichte vor und diskutierten über das durch den Krieg gegen die Ukraine schwieriger gewordene Klima für Abrüstungsarbeit. *Heinrich Frei*



6. Schweizer Friedenskonferenz am 9. August 2023 in Ilanz

Frieden und Sicherheit neu denken

Im Vorfeld des diesjährigen Ilanzer Sommers, der seit 2021 vom Verein für Friedenskultur jährlich durchgeführt wird, trafen sich im Haus der Begegnung im Dominikanerinnenkloster Ilanz über 40 TeilnehmerInnen zur 6. Schweizer Friedenskonferenz – es war

gleichzeitig der Tag der Erinnerung an den Atombombenabwurf auf Nagasaki. Eingeladen hatten das Forum für Friedenskultur und der Schweizerische Friedensrat. Im Mittelpunkt standen im Angesicht des Krieges gegen die Ukraine im Rahmen eines *World Cafés*

Überlegungen und Gespräche darüber, wie Frieden und Sicherheit neu gedacht werden müssen.

Impulse für die Diskussionen lieferten Mitglieder der Anfang Jahr gebildeten Arbeitsgruppe *Sicherheit neu denken*, die einen breiten Fächer friedenspolitischer Anliegen präsentierten, so zu feministischer Friedenspolitik, Abrüstung, Gewaltprävention, Klimagerechtigkeit, Friedensbildung, Handlungsfeldern der Friedensarbeit sowie zur internationalen Friedenssicherung. Die gemeinsam erarbeiteten Ergebnisse sollen in die Weiterentwicklung der künftigen Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz einfließen. Wie bei etlichen Friedensveranstaltungen dieses Jahres bekräftigten die KonferenzteilnehmerInnen die Forderung an den Bundesrat, endlich den Atomwaffenverbotsvertrag zu ratifizieren, und ermunterten ihn, zur Stärkung der kollektiven Sicherheit neue Vorstösse zu einer gründlichen Reform der UNO in New York zu unternehmen. (pw)



Rüstungskontrolle und

Angesichts des russischen Krieges in der Ukraine und wachsender Spannungen mit China scheinen die Aussichten für Rüstungskontrolle düster zu sein. Aber nicht alle Rüstungskontrollbemühungen sind zum Scheitern verurteilt. Auch wenn gegenwärtig weitere Abrüstung unwahrscheinlich ist, sollte alles getan werden, um strategische Stabilität zu erhalten, Eskalationsrisiken zu reduzieren, einen Rüstungswettlauf zu verhindern und Proliferation (Weiterverbreitung) einzudämmen. Dafür sind eine Neuausrichtung der Rüstungskontrollpolitik und ihre Integration in die Sicherheits- und Verteidigungspolitik nötig. Dabei muss einer neuen Gefahr begegnet werden: der Desinformation, denn sie kann Rüstungskontrolle unterminieren und Kooperation dauerhaft verhindern.

/ Friedensgutachten 2023 /

Rüstungskontrolle in Zeiten des Krieges

Russlands von Atomdrohungen flankierter Überfall auf die Ukraine hat die Debatten zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen von Rüstungskontrolle und Abrüstung neu belebt. Einerseits wurde vor einer Destabilisierung und Erosion bestehender Normen und Ordnungen gewarnt. Der Überfall einer Atommacht auf ein nicht atomar bewaffnetes Nachbarland, so wurde prognostiziert, werde die Attraktivität von Atomwaffen als ›Lebensversicherung‹ steigern und Proliferationsdynamiken weltweit verschärfen. Andererseits wurden eine Destabilisierung des Systems der atomaren Abschreckung zwischen Russland und dem Westen oder gar ein Versagen der Abschreckung und ein atomarer Erstschatlag Russlands befürchtet.

Neuorientierung von Abschreckungs- und Rüstungskontrollpolitik nötig

Für keine dieser Sorgen kann bislang

Entwarnung gegeben werden. Es bleiben erhebliche Risiken bestehen. Und doch gibt es auch Anlass zu verhaltenem Optimismus, wie beispielsweise das bisherige Ausbleiben einer neuen Proliferationsdynamik oder diplomatische Erfolge beim Aufbau einer überregionalen Anti-Atomkriegsallianz zeigen. Es wäre verfehlt, die notwendige Debatte über eine zeitgemäße Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit zu vertagen oder die Bemühungen um Rüstungskontrolle in eine Zwangspause zu schicken. Rüstungskontrolle darf nicht auf Abrüstungsverträge unter Beteiligung Russlands reduziert und erst dann wieder in die sicherheitspolitische Planung einbezogen werden, wenn sich die internationale Lage und das Verhältnis zu Moskau entspannt haben und eine neue Vertrauensbasis aufgebaut ist.

Im Gegenteil sollte Rüstungskontrolle frühzeitig in die Abschreckungs- und Verteidigungspolitik integriert und geografisch weiter gedacht werden, damit sie langfristig die Möglichkeit für Entspannung und Vertrauensbildung eröffnet. Dafür ist eine Neuorientierung von Abschreckungs- und Rüstungskontrollpolitik notwendig, die die Stärken und Schwächen vergangener Ansätze aufarbeitet und die zukünftigen Herausforderungen eines gewandelten Sicherheitsumfeldes adressiert. Ein genauerer Blick auf einige Rüstungskontrollforen zeigt, welche Bereiche unter den gegenwärtigen Auseinandersetzungen besonders leiden und wo weiterhin Kooperation möglich ist.

Die russische Atomdoktrin

Russland hat gedroht, in seinem Krieg gegen die Ukraine auch Atomwaffen einzusetzen, sollte russisches Territorium angegriffen werden oder gar die nationale Existenz auf dem Spiel stehen. Das zentrale Ziel atomarer Rüstungskontrolle, einen Krieg zwischen Atommächten und einen Atomwaffeneinsatz zu verhindern, ist damit wieder in den Fokus gerückt. Auch wenn die Gefahr eines Atomwaffeneinsatzes durch Russland schwer einzuschätzen ist, ist ihre Verharmlosung

leichtfertig, wenn nicht fahrlässig. Denn die russische Atomdoktrin legt einen frühen Einsatz von (taktischen) Atomwaffen nahe, um einen militärischen Konflikt zu eigenen Bedingungen zu beenden. Zudem hat das russische Regime seit Mitte der 2000er-Jahre eine zunehmende Risikobereitschaft gezeigt und sich systematisch die Möglichkeit taktischer Rückzüge verbaut.

Diese Betonung seiner atomaren Handlungsmöglichkeiten wiegt umso schwerer, da Russland den USA und der Nato in anderen Bereichen unterlegen und nur als Atommacht ebenbürtig ist. Gleichzeitig gibt es Hinweise für eine gewisse Risikoaversion, die das Überleben des Regimes betrifft und zu einer Zurückhaltung beispielsweise bei der landesweiten Mobilisierung führt. Auch wenn die Wahrscheinlichkeit eines russischen Atomwaffeneinsatzes relativ gering ist, muss angenommen werden, dass zunehmende Waffenlieferungen an die Ukraine und die wachsende Wahrscheinlichkeit einer militärischen Niederlage Russlands dieses Risiko erhöhen. Das ist kein Argument gegen eine weitere Unterstützung der Ukraine, aber ein Hinweis darauf, dass die atomare Krisenstabilität fragil ist und schwinden kann.

Risikominderung essenziell

Bislang ist es den USA und den übrigen Nato-Staaten allerdings gelungen, mit einer konsequenten Delegitimierung eines Atomwaffeneinsatzes im Ukrainekrieg das Eskalationsrisiko gering zu halten. Drei Faktoren waren dabei entscheidend: Erstens erwiderte der Westen die russischen Atomdrohungen nicht, zweitens wurden China und Indien sowie die G-20 in eine Anti-Atomkriegsallianz diplomatisch eingebunden, und drittens wurde dies mit einer ambivalenten Abschreckung kombiniert, die glaubwürdig anstatt eines atomaren einen konventionellen Gegenschlag androhte.

Atomare Rüstungskontrolle wird oft auf die Regulierung und Limitierung von Gefechtsköpfen und Trägersystemen reduziert. Dabei spielen auch

Desinformation

Bedingungen strategischer Stabilität, Krisenstabilität und Vermeidung von Verhaltensweisen, die das Risiko einer atomaren Eskalation erhöhen, eine zentrale Rolle. Militärische Kontaktpunkte, Risikominimierung und die Verhinderung unbeabsichtigter Eskalation aufgrund von Fehlwahrnehmungen und Fehldeutungen sind in Zeiten von Krieg und akuten Krisen essenziell.

Reale Gefahr eines neuen atomaren Wettrüstens

Sowohl im Falle der im November 2022 auf polnischem Territorium eingeschlagenen Rakete als auch während der Krise um die chinesischen Beobachtungsballons über US-amerikanischem Gebiet im Februar 2023 mangelte es an effektiver Krisenkommunikation. Da zu erwarten ist, dass mit wachsenden internationalen Spannungen solche Krisen und mehrdeutige Situationen zunehmen, muss der Bereich der <weichen> Rüstungskontrolle, bei dem es um die Aufrechterhaltung von Kommandostrukturen und Kommunikationswegen auch mit dem Gegner geht, künftig dringend ausgebaut werden. Weil auf Russland in bilateralen Abkommen immer weniger Verlass ist, sollten in diese Bemühungen auch weitere Staaten, ins-

besondere China und Indien, eingebunden werden.

Numerische Limitierungen und Reduzierungen von Trägersystemen und Gefechtsköpfen bleiben jedoch wichtig. Zwar haben sowohl Russland als auch die USA ihr Interesse an der Weiterführung strategischer Rüstungskontrolle über 2026 hinaus beteuert. Dass aber Russland den New-START-Vertrag als letzten verbliebenen bilateralen atomaren Rüstungskontrollvertrag im Februar 2023 suspendiert hat, wird das Ringen um ein Folgeabkommen erschweren – selbst wenn die USA unter ihrem künftigen Präsidenten nicht zur Blockadepolitik Donald Trumps zurückkehren sollten. Die tiefe Krise der bilateralen Rüstungskontrolle birgt die reale Gefahr eines neuen atomaren Wettrüstens, das über die Modernisierungsprogramme der Atommächte hinausgeht.

Russland steht isoliert da

Um dieser Gefahr zu begegnen, gewinnen multilaterale Regime und Foren umso mehr an Bedeutung. Die wegen der Pandemie mehrfach verschobene Überprüfungskonferenz des multilateralen Atomwaffensperrvertrags (NPT) im August 2022, bei der sich einzig Russland weigerte, ein ausgehandeltes Abschlussdokument zu unterzeichnen, hat gezeigt, dass es in weiten Teilen der internationalen Gemeinschaft die Bereitschaft gibt, trotz tiefgreifender Konflikte und Spannungen in der Rüstungskontrolle zusammenzuarbeiten. Insbesondere die Mitgliedstaaten des Atomwaffenverbotsvertrags (TPNW) demonstrierten im Konflikt zwischen Atomwaffenstaaten und Nicht-Atomwaffenstaaten Sachlichkeit und Interesse am Erhalt des Regimes.

Auch wenn es nicht gelang, sich auf eine Formulierung gemeinsamer Ablehnung atomarer Kriegsführung zu einigen, wurde an vielen Stellen Kompromissbereitschaft deutlich. Durch die vertrauensvolle Vermittlung des argentinischen Präsidenten der Konferenz konnte auch China für das übergeordnete Interesse einer internationalen Einigung gewon-

nen und von einer Positionierung unabhängig von Russland überzeugt werden. Dass letztlich das Schlussdokument nur an Russlands Einspruch scheiterte, Russland am Ende aber isoliert dastand, zeigt, dass weiterhin ein globales Interesse an der Ächtung atomarer Kriegsführung besteht – ebenso wie an der Nichtverbreitung von Atomwaffen.

Bislang gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass Russlands Überfall auf seinen nicht atomaren Nachbarn oder drohende neue Rüstungswettläufe zwischen den Atommächten das Streben nach Atomwaffen in anderen Teilen der Welt befördern. Ein indirektes Opfer des Krieges gegen die Ukraine ist indes der Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA). Das Abkommen sollte Irans atomare Aufrüstung verhindern, wurde aber von der Trump-Administration ausgesetzt. Seine – von Biden ursprünglich beabsichtigte – Wiederbelebung wird wohl nicht zuletzt an Irans militärischer Unterstützung für Russland scheitern, die für die USA und Europa einen neuen Nuklear-Deal mit dem Land politisch in weite Ferne rücken lässt.

Chemie- und Biowaffenkontrolle

Auch die internationalen Bemühungen zur Stärkung des Chemie- und des Biowaffenverbots wurden im vergangenen Jahr durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, aber auch durch die Covid-19-Pandemie beeinträchtigt. Die Desinformationskampagnen Russlands im Zusammenhang mit den Chemiewaffeneinsätzen in Syrien, Grossbritannien und Russland sowie die falschen Anschuldigungen gegenüber der Ukraine und dem Westen, Chemiewaffen einsetzen zu wollen, haben auch die Organisation für das Verbot von chemischen Waffen (OVCA) in Mitleidenschaft gezogen (siehe Seite 21). Die längerfristigen Auswirkungen auf die Chemiewaffenkonvention und ihre Verbotsnormen werden sich auf der Überprüfungskonferenz im Mai 2023 zeigen.

Schon in der Frühphase des Krieges warf Russland der Ukraine und den USA vor, auf ukrainischem Gebiet verbotene Biowaffenforschung zu betreiben. Obwohl Moskau keine stichhaltigen Beweise für diese Anschuldigungen vorlegen konnte, erhob es diese Vorwürfe wiederholt im vergangenen Jahr: zunächst am Rande von Sitzungen des UNO-Sicherheitsrates und später im Rahmen



Fortsetzung Seite 18

des Biowaffenübereinkommens (BWÜ), dem alle drei Staaten angehören.

Biowaffen-Überprüfungskonferenz

Die Biowaffenkonvention sieht für den Fall vermuteter Vertragsbrüche vor, dass die Vertragsstaaten untereinander konsultieren, um das Problem kollektiv zu bearbeiten, oder dass sie den UNO-Sicherheitsrat anrufen, der den Fall dann untersuchen kann. Russland bemühte beide Verfahren. Das Konsultations-treffen der BWÜ-Vertragsstaaten im September 2022 verlief allerdings ohne Ergebnis, da Russland seine Vorwürfe aufrechterhielt, die grosse Mehrheit der teilnehmenden Staaten diese aber als unberechtigt zurückwies. Russlands Antrag an den UNO-Sicherheitsrat, ein Untersuchungsverfahren zu eröffnen, fand im November 2022 keine Mehrheit, sodass der Rat nicht weiter tätig wurde.

Das russische Vorgehen prägte auch die Verhandlungen der neunten BWÜ-Überprüfungskonferenz, die vom 28. November bis 16. Dezember 2022 in Genf stattfand. So trug die Auseinandersetzung darüber, wie Russlands Nutzung der BWÜ-Verfahren gegen die Ukraine und die USA im Schlussdokument der Konferenz abgebildet werden sollte, dazu bei, dass die eigentliche Überprüfung der Biowaffenkonvention nicht im Konsens abgeschlossen werden konnte. Die russische Politik, die zu Konfrontationen vor allem mit westlichen Staaten führte, belastete allgemein die Verhandlungen in Genf.

Die Covid-19-Pandemie wirkte sich dagegen ambivalent auf die Bemühungen aus, das Biowaffenverbot zu stärken. Zum einen erschwerten die Einschränkungen für Reisen und Versammlungen die Vorbereitungen für die eigentlich für 2021 geplante neunte Überprüfungskonferenz des BWÜ, die gleich zweimal verschoben werden musste. Zum anderen verstärkte die Pandemieerfahrung womöglich das Bewusstsein für die potenziellen Gefahren globaler Krankheitsausbrüche, unabhängig davon, ob sie natürlichen, versehentlichen oder absichtlichen Ursprungs sind.

Erste Annäherungen

So setzte sich im BWÜ-Regime der Trend der letzten Jahre fort, bestimmte Themen intensiver und pragmatischer zu diskutieren, wie zum Beispiel die internationale Kooperation bei der

friedlichen Nutzung der Biologie und Biotechnologie, die Aufklärung von Forschenden über Missbrauchsrisiken und Hilfeleistungen beim Ausbau der Gesundheitsvorsorge und nach erfolgten Biowaffeneinsätzen. Viele BWÜ-Mitgliedstaaten zeigten sich bereit, auch Themen auf die Tagesordnung zu nehmen, denen sie lange Zeit skeptisch oder ablehnend gegenüberstanden, etwa die Frage nach Verifikation oder nach freiwilligen Massnahmen zur Stärkung der Biowaffenkonvention.

Durch diese ersten Annäherungen über politische und regionale Grenzen hinweg war es trotz der schwierigen geopolitischen Lage möglich, bei der neunten Überprüfungskonferenz auch einige Erfolge zu erzielen. So wurde unter anderem das Mandat der Implementation Support Unit (ISU) verlängert und ihr Personal um eine zusätzliche Stelle aufgestockt. Die Vertragsstaaten richteten zudem eine neue Arbeitsgruppe ein, die in den kommenden fünf Jahren viele zentrale Themen des BWÜ bearbeiten wird.

Gemischt-positive Bilanz

Besondere Aufmerksamkeit wird dabei nicht nur auf die Verifikationsfrage gerichtet sein, sondern auch darauf, Massnahmen der internationalen Zusammenarbeit zu stärken und ein Gremium einzurichten, das für das BWÜ relevante wissenschaftliche und technologische Entwicklungen beobachten und bewerten soll. Wenn das Ergebnis der Konferenz auch deutlich hinter dem zurückfällt, was unter anderen politischen Umständen vielleicht möglich und aus Abrüstungspolitischer Sicht nötig wäre, kann in Anbetracht der weltpolitischen Lage dennoch eine gemischt-positive Bilanz gezogen werden.

Dies gilt auch deshalb, weil es trotz der destruktiven russischen Politik derzeit keinen Hinweis darauf gibt, dass das Biowaffenverbot an sich grundsätzlich geschwächt ist oder infrage steht. Für die kommenden Jahre gilt es nun, das Potenzial der neuen Arbeitsgruppe möglichst auszuschöpfen, dabei über die Grenzen der Regionalgruppen hinweg Kooperationen zu suchen und möglichen Blockadeversuchen Russlands und einiger weniger weiterer Staaten entgegenzuwirken.

Neue automatisierte Waffentechnik

Der Krieg gegen die Ukraine hat auch gezeigt, dass die sogenannten Emerging Technologies – von der (Kampf-)

Drohne über die Hyperschallwaffe bis hin zu automatisierten beziehungsweise teilautonomen Systemen – in militärischen Konflikten eine immer wichtigere Rolle spielen. Dieser Bereich modernster Waffensysteme ist jedoch ausgesprochen schwach reguliert, und die Chancen, neue internationale Übereinkünfte zu erzielen, sind geringer denn je.

(Ausführlicher dargestellt ist das in unserem Beitrag in der letzten FRIEDENSZEITUNG vom Juni 2023: «Autonome Waffen – Technologie ausser Kontrolle».)

Konventionelle Rüstungskontrolle

Die Regime zur konventionellen Rüstungskontrolle, das Wiener Dokument 2011 (WD 11), der Offene Himmelsvertrag (OH) und der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE), sind aufgrund des Russland-Ukraine-Krieges schwer beschädigt. Die Inspektionen mit Russland (WD 11) und Weissrussland (WD 11, OH, KSE) sind ausgesetzt. Der jährliche Datenaustausch findet zwar weiterhin statt, allerdings nehmen seit Kriegsbeginn nicht mehr alle Staaten (zum Beispiel die baltischen Staaten und Polen) daran teil.

Inwiefern sich diese Regime nach dem Krieg wiederbeleben lassen und zu einer neuen europäischen Sicherheitsordnung beitragen können, ist unklar. Das Wiener Dokument 2011 sollte nur mit deutlichen Verbesserungen reaktiviert werden: Beispielsweise sollten militärische Aktivitäten in Grenznähe ab Brigadegrösse unabhängig von ihrem Kommando beobachtet werden können, die jährlichen Inspektionen für militärische Aktivitäten sollten von drei auf sechs bis acht erhöht und ihre Schwellenwerte auf Brigadegrösse abgesenkt werden, und für ungewöhnliche militärische Aktivitäten sollten spezielle unabwiesbare Inspektionen eingeführt werden. Der KSE-Vertrag ist dagegen überholt. Seine Erneuerung erscheint unter den gegenwärtigen Bedingungen unwahrscheinlich. Hingegen könnte der Vertrag über den Offenen Himmel problemlos wiederbelebt werden. Seine Stärkung hinge aber vom Wiedereintritt der USA und Russlands ab.

Rüstungskontrolle im Weltraum

Im Februar 2023 schossen die USA einen chinesischen Spionageballon über amerikanischem Territorium ab, was diplomatische Spannungen zwischen den beiden Staaten zur Folge hatte.



Während die USA China einen Bruch amerikanischer Souveränität vorwarfen, argumentierte Peking, die USA hätten überreagiert und exzessive Gewalt angewendet. Der Zwischenfall zeigt, dass die internationalen Spannungen sich inzwischen auch auf Luft- und Weltraum ausdehnen, der zunehmend als strategisch relevant angesehen wird.

Allerdings gelten im Weltraum fast alle Objekte als *dual use* und damit als potenziell militärisches Gerät. Das macht Rüstungskontroll-Diskussionen in diesem Bereich schwierig, sodass in den letzten Jahren zunehmend weniger über Waffen als über bestimmte, als bedrohlich zu bewertende Verhaltensweisen verhandelt wurde (zum Beispiel unangekündigte Annäherung), so etwa in dem von der EU 2008 eingebrachten Verhaltenskodex für Weltraumaktivitäten. Rüstungskontroll-Diskussionen sind seit Langem festgefahren.

Probleme mit Antisatellitenwaffen

Der Weltraumvertrag von 1967 hat nur die Stationierung von Massenvernichtungswaffen im Weltraum eindeutig verboten, ansonsten gibt es keine klaren Vorgaben. Diskussionen in der UNO-Abrüstungskonferenz bewegen sich kaum voran. Der von China und Russland 2008 eingebrachte Entwurf eines Vertrags zur Verhinderung der Platzierung

von Waffen im Weltraum und der Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen Objekte im Weltraum (PPWT) fand keine Mehrheit. Jenseits der UNO-Abrüstungskonferenz finden die weltraumpolitischen Diskussionen im UNO-Ausschuss für die friedliche Nutzung des Weltraums statt, wo aber Sicherheitsfragen explizit ausgeklammert sind.

Dennoch hat es auf diplomatischer Ebene zuletzt Bewegung gegeben, ausgelöst durch die Tests von Antisatellitenwaffen Indiens (2019) und Russlands (2021). Das Problem an diesen Tests ist die Erzeugung von Trümmerteilen, die eine grosse Gefahr für andere Objekte inklusive der Internationalen Raumstation (ISS) darstellen. Obwohl die Tests in niedriger Höhe stattfanden und die Trümmer deshalb durch die atmosphärische Bremsung nach und nach «bereinigt» werden, wird es Jahre dauern, bis alle von ihnen wieder verschwunden sind. Rund um die beiden Tests gab es klare normative Positionierungen seitens der USA, ihrer Verbündeter und sogar Ländern wie China, die die Schaffung von Trümmern verurteilten. Im Laufe des Jahres 2022 haben mehrere Länder (insbesondere die USA und inzwischen rund ein Dutzend Verbündete, darunter auch Deutschland) ihren Verzicht auf Anti-Satellitentests offiziell bekannt gegeben.

Rüstungskontrolle und Desinformation

Eine grosse Herausforderung für die Rüstungskontrolle ist gegenwärtig die Desinformation. Desinformation unterscheidet sich von blosser Fehlinformation dadurch, dass sie nicht nur falsche Tatsachenbehauptungen verbreitet, sondern dies in der Absicht tut, Schaden anzurichten. Desinformation und politische Täuschung sind keine neuen Phänomene. Allerdings war die Zeit nach dem Kalten Krieg bis vor wenigen Jahren relativ ungestört von den Problemen zwischenstaatlicher Täuschung. Die Entwicklung des geopolitischen Mächteverhältnisses, die veränderte Verbreitung von Nachrichten in den Medien und die Fortschritte in der Informations- und Kommunikationstechnologie haben jedoch zu einem Umfeld geführt, in dem einige Staaten Täuschung und Betrug wieder als vorteilhafte Elemente ihrer nationalen Sicherheitsstrategien betrachten.

Desinformation wird als Bedrohung für die Integrität demokratischer Systeme angesehen. Desinformation kann aber auch, insbesondere im Zusam-

Fortsetzung Seite 20

menhang mit Behauptungen über den Gebrauch oder geplanten Einsatz von Massenvernichtungswaffen, Strukturen und Institutionen der Rüstungskontrolle beschädigen oder zerstören. Insbesondere Russland hat eine Reihe von Täuschungskampagnen lanciert, bei denen falsche Behauptungen über chemische und biologische Waffen erfunden und verbreitet wurden. Gleichzeitig versuchte das russische Regime, seine Mitschuld am tatsächlichen Einsatz chemischer Waffen zu verschleiern.

Die Glaubwürdigkeit internationaler Rüstungskontrolle zerstören

Im Krieg gegen die Ukraine hat Russland wiederholt nachweislich falsche Anschuldigungen gegen die Ukraine erhoben, etwa Chemiewaffen zu entwickeln, einen Biowaffenangriff zu planen oder eine radiologische «schmutzige Bombe» vorzubereiten. Damit führt Russland eine Strategie fort, die nicht nur auf die Täuschung der internationalen Öffentlichkeit zielt, sondern die Glaubwürdigkeit und Legitimität internationaler Organisationen, insbesondere im Rüstungskontrollbereich, zerstören soll. Dabei richtet sich die russische Desinformation vor allem gegen die Organisation für das Verbot von chemischen Waffen und das Chemiewaffenabkommen. Das liegt daran, dass Russland wiederholt für seine Unterstützung Syriens und wegen eigener Giftanschläge in die Kritik geraten ist.

Es ist allerdings nicht unerheblich festzustellen, dass Russland mit seiner Desinformationspolitik nicht allein dasteht. Die Irreführung der internationalen Öffentlichkeit im UNO-Sicherheitsrat durch die USA, die 2003 zum Irak-Krieg führte, ist ebenso zu nennen, wie die systematische Verwendung «alternativer Fakten» unter Präsident Trump, die einen Vertrauensverlust in politische Institutionen und die Integrität wissenschaftlicher Expertise zur Folge hatte.

Russische Unterminierung der Wahrhaftigkeit

Was aber in Bezug auf die russische Strategie auffällt, ist die gezielte, staatlich geförderte und alle Ministerien und politische Institutionen einbeziehende Unterminierung politischer Wahrhaftigkeit. Dass Russland dadurch international Glaubwürdigkeit und Vertrau-

enswürdigkeit, aber auch Ansehen und Prestige verliert, scheint Moskau nicht mehr zu interessieren. Ein eindrückliches Beispiel ist das Interview mit den russischen Staatsbürgern, die des Giftanschlags auf den Geheimdienst-Überläufer Sergej Skripal und seine Tochter Julija beschuldigt werden. Sie waren angeblich als kunstinteressierte Touristen nach Salisbury gereist. Die völlig unglaubwürdige Geschichte und die lächerlich unprofessionelle Inszenierung des Interviews kann man sich nur so erklären, dass es hier gar nicht mehr um Verschleierung und Täuschung ging, sondern um Verhöhnung.

Wie in vielen früheren Fällen werden auch in jüngster Zeit Desinformationskampagnen in Bezug auf chemische und biologische Waffen geführt, und zwar sowohl verdeckt, durch Verbreitung in Medien und sozialen Netzwerken, als auch offen, oft über staatlich gesponserte Medien. In jüngster Zeit lässt sich jedoch eine zunehmende Zahl von Desinformationsbemühungen auf der Ebene des offiziellen diplomatischen Diskurses beobachten. Verdeckte Desinformation kann sowohl für Ermittlungs- als auch für Gegenmassnahmen eine grosse Herausforderung darstellen. Wenn Täuschungen hingegen über offizielle Kanäle verbreitet werden, können sie leichter entdeckt und bekämpft werden. Sie wirken sich jedoch negativer auf die tatsächliche Praxis internationaler Politik und Rüstungskontrolle aus

Desinformation entgegenwirken

Desinformation zu begegnen ist schwierig und erfordert ein abgestimmtes Vorgehen nationaler und internationaler Institutionen sowie die Einbeziehung der Medien und Technologieunternehmen. Bislang lag der Schwerpunkt der Strategien gegen Desinformation darauf, Fehlinformation zu entlarven und Fakten richtigzustellen, dem sogenannten Debunking. Dabei scheint eine wirksame Strategie darin zu bestehen, Transparenz zu erhöhen und internationale Zusammenarbeit zu stärken. 2018 war Georgien beschuldigt worden, mit US-Unterstützung ein Forschungslabor für illegale Kriegssubstanzen eingerichtet zu haben. Daraufhin machte Georgien das Labor für eine Gruppe internationaler ExpertInnen zugänglich, die keinerlei Hinweise auf illegitime Aktivitäten feststellen konnte.

Debunking kann allerdings auch ungewollte Nebeneffekte haben. Zum

Beispiel sorgt die Wiederholung der Falschmeldungen dafür, dass sie sich noch stärker verbreiten und Eingang in die Mainstream-Medien finden. Deshalb ist es wichtig, zukünftig stärker im Vorfeld tätig zu werden und mögliche Falschmeldungen vorausszusehen, um ihnen durch möglichst transparente Informationspolitik zuvorzukommen. Diese als Prebunking bezeichnete Strategie erfordert, mehr Energie in die Informationspolitik zu investieren und EntscheidungsträgerInnen und die Öffentlichkeit für die Problematik der Desinformation zu sensibilisieren.

Schlussfolgerungen

Die gegenwärtige Zuspitzung politischer Konflikte reduziert die Chancen rüstungskontrollpolitischer Kooperation. Der Verlust an Vertrauen lässt bestehende Regime erodieren und neue Initiativen schon im Ansatz scheitern. Aber es gibt auch Hoffnung, denn der Krieg in der Ukraine macht deutlich, dass basale Kooperation notwendig ist, um das Schlimmste zu verhindern: einen Grossmachtkonflikt, den Einsatz von Atomwaffen oder die ungezügelte Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Angesichts des Ausfalls von Russland als verlässlicher Partner muss sich die Rüstungskontrollpolitik breiter aufstellen: Sie muss verstärkt andere Staaten wie China, Indien oder Brasilien einbinden, die bislang nicht im Zentrum der Rüstungskontrollpolitik standen, um zentrale Normen wie das nukleare Tabu oder das Chemiewaffenverbot zu stärken. Sie muss in der gegenwärtigen Krise den Fokus von «harten» Abrüstungsfragen hin zu «weichen» Formen der Rüstungskontrolle verschieben, um Krisenstabilität, die Sicherheit von Kommando- und Kontrollstrukturen sowie Krisenkommunikation zu gewährleisten, und sie muss frühzeitig in die sicherheits- und verteidigungspolitische Planung einbezogen werden, um Ansatzpunkte für zukünftige Kooperation zu bieten.

An diesem Kapitel des Friedensgutachtens 2023 mitgewirkt haben die folgenden AutorInnen des Leibniz-Institutes Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung HSFK: Kristoffer Burck, Christopher Daase (Koordination), Jonas Driedger, Caroline Fehl, Sam Forsythe, Sascha Hach, Una Jakob, Daniel Lambach, Niklas Schörnig, Simone Wisotzki. Es ist von der Redaktion um bundesrepublikanische Bezüge und um die autonomen Waffen gekürzt und mit Untertiteln ergänzt worden. **Friedensgutachten 2023. Noch lange kein Frieden.** Im Transcript-Verlag 2023, 144 Seiten, Fr. 23.90.

Russlands Desinformationsstrategien bei Chemie- und Biowaffen

In früheren Fällen vermuteter Chemie- waffenangriffe Russlands oder der verbündeten syrischen Regierung haben russische Regierungsstellen wiederholt Desinformationen verbreitet und dabei die Organisation für das Verbot von chemischen Waffen (OVCW) als internationales Forum genutzt, um ihre Behauptungen zu verbreiten. In der offiziellen Korrespondenz des Exekutivrats oder in Verbalnoten wurden immer wieder Anschuldigungen gegen verschiedene AkteurInnen erhoben. Dabei lassen sich drei miteinander verknüpfte Desinformationsmuster identifizieren, die auch in der Ukraine angewendet werden.

In diesen Fällen setzte Russland gleichzeitig verschiedene Desinformationsstrategien ein, um eine Reihe von Ergebnissen zu erzielen, die von gezielter Täuschung bis hin zur Beeinträchtigung der Kommunikation und Unterminierung des Vertrauens reichen. Am Anfang steht das Leugnen, dass überhaupt ein Fehlverhalten stattgefunden habe oder dass Russland für ein offensichtliches Fehlverhalten verantwortlich sei. Einen Schritt weiter geht die Behauptung, dass andere für den entstandenen Schaden verantwortlich seien. Solche Behauptungen können sich auch auf die Zukunft beziehen und andere beschuldigen, etwas Verbotenes vorzubereiten.

Noch komplexer wird die Desinformation, wenn andere beschuldigt werden, etwas Verbotenes vorzubereiten, um dann die Tat «unter falscher Flagge» anderen in die Schuhe zu schieben. Häufig widersprechen sich die Desinformationen

oder werden so absurd, dass sie kaum mehr als glaubwürdig erscheinen können. Offenbar geht es auch gar nicht darum, ein kohärentes, wenn auch erlogenes Rechtfertigungsnarrativ zu entwickeln und die Lügen aufeinander abzustimmen.

Wichtiger scheint zu sein, generell Verwirrung zu stiften und Zweifel daran zu säen, dass am Ende irgendeine Institution «die Wahrheit» herausfinden und autoritativ «Verantwortung» feststellen könnte. Russland reagiert damit auf einen Trend, der seit einigen Jahren in der OVCW und anderen internationalen Organisationen von westlichen Staaten vorangetrieben wird, nämlich die institutionellen Möglichkeiten, Täter zu identifizieren und Verantwortlichkeit festzustellen.

In Syrien haben unabhängige Inspektionen durch die OVCW keinerlei Hinweise für ein solches von Russland unterstelltes Vorgehen gefunden, trotz gründlicher Untersuchung, zuletzt veröffentlicht in einem Bericht des Investigation and Identification Team (IIT) im Januar 2023. Stattdessen identifizierte die OVCW mehrfach die von Russland unterstützte syrische Regierung als Urheberin von Chemiewaffeneinsätzen.

Die russischen Biowaffen-Tricks

Im Bereich der biologischen Waffen wirft Russland seit Jahren den USA, Georgien und nun auch der Ukraine vor, heimlich illegale Waffenforschung zu betreiben. Russland verknüpft seine Vorwürfe mit real existierenden Laboratorien und tatsächlich durchgeführten Forschungen,

denen es illegale Absichten unterstellt. Im Bereich der Biologie wird diese Strategie dadurch erleichtert, dass viele Experimente und Ausrüstungen sowohl für legitime biologische, medizinische oder pharmazeutische Forschungen genutzt werden, aber gleichzeitig auch in militärischen Biowaffenprogrammen eine Rolle spielen könnten.

So sind Krankheiten wie Cholera oder Milzbrand in vielen Ländern endemisch (also «einheimisch»), was Forschung zur Prävention und zu ihrer Behandlung erfordert. Die entsprechenden Krankheitserreger wurden in der Vergangenheit aber auch in offensiven Biowaffenprogrammen erforscht. Diese Dual-use-Ambivalenz nutzt Russland in seiner Argumentation aus, indem es leicht zu rechtfertigende legitime Forschungen rhetorisch in die Nähe illegaler Waffenaktivitäten rückt.

Völlig unzureichende Beweislage

Im Fall der Ukraine hat Russland die für vermutete Vertragsbrüche vorgesehene Verfahren der Biowaffenkonvention genutzt, um seinen Vorwürfen Gewicht zu verleihen. Ein Konsultationstreffen der Vertragsstaaten im September 2022 ergab jedoch kein Ergebnis. Russland legte dort, wie auch schon zuvor im Rahmen des UNO-Sicherheitsrats, Dokumente und Argumente vor, die seine Behauptungen belegen sollen. Die Ukraine, die USA und weitere Staaten machten deutlich, dass die beschriebenen Aktivitäten nichtmilitärischer Natur sind, friedlichen Zwecken dienen und bereits zuvor transparent und öffentlich bekannt waren.

Da sich zwar die Mehrheit der anwesenden Vertragsstaaten im letzteren Sinne aussprach, es aber keinen Konsens gab, endete das Treffen ohne eine endgültige Feststellung. Russland wollte im Anschluss durchsetzen, dass sich, wie für diesen Fall im Biowaffenübereinkommen vorgesehen, der UNO-Sicherheitsrat mit dem Verdacht befasst. Aufgrund der unzureichenden Beweislage fand sich allerdings keine Mehrheit dafür, den Fall überhaupt aufzunehmen. Unabhängige Untersuchungen wie im Bereich der chemischen Waffen sind bei biologischen Waffen nur bei einem vermuteten Einsatz, nicht aber für vermutete Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten möglich.

Muster der russischen Desinformation

	Muster 1 Vorwürfe gegen andere Akteur:innen	Muster 2 Angriffe auf die OVCW	Muster 3 Diskreditierung von Ermittlungen
Syrien Khan Shaykhun 2017 und Douma 2018	Vorwürfe gegen Oppositionskräfte und Hilfsorganisationen, zum Beispiel die Weißhelme	Äußerungen hochrangiger Beamten:innen, die die OVCW diskreditieren	Veto gegen die Fortsetzung von VN-OVCW Joint Investigative Mission Kritik an der Methodik von Fact Finding Mission Delegitimierung des Investigation and Identification Team
Salisbury 2018	Vorwurf, die britische Regierung habe einen Angriff unter „falscher Flagge“ durchgeführt	Cyber-Angriffe auf die OVCW und ihre Laboratorien	Falsche Darstellung des Berichts des Technischen Sekretariats der OVCW mit der Behauptung, es seien keine Beweise gefunden worden
Ukraine 2022	Vorwürfe wegen künftiger und vergangener chemischer Angriffe durch die Ukraine Vorwürfe gegen die USA und das Vereinigte Königreich	Anschuldigungen, dass OPCW-Mitarbeiter in ein Komplott gegen Russland verwickelt seien	Bisher wurde noch keine Ermittlung durchgeführt

Vom Ostermarsch 1963 bis zum Ukrai

Ruedi Tobler war 1975 bis 1986 und 1996 bis 2023 Präsident des Schweizerischen Friedensrates. Am 26. Mai ist er an der Jahresversammlung in Zürich zurückgetreten. Wir haben mit ihm über prägende Engagements, Positionen und Erlebnisse gesprochen.

/Aufzeichnung: Markus Heiniger/

Jahrhundertbedrohung Atomwaffen

Mein Einstieg in die Friedensarbeit geschah am ersten Anti-Atomwaffen-Ostermarsch 1963, von Lausanne nach Genf. Damals wollte der Bundesrat Atomwaffen anschaffen, nach verlorenen Abstimmungen dagegen griff die schweizerische Anti-Atomwaffen-Bewegung zum auch international praktizierten Aktionsmittel der Ostermärsche. Mein Vater bezahlte mir die Kosten, für mich war es eigentlich vor allem eine Möglichkeit, einmal nach Genf zu kommen. Aber das dreitägige Gemeinschaftserlebnis, das viel intensiver war als eine kurze Kundgebung, wie es heute üblich ist, wurde für mich als Sechzehnjährigen prägend. Am Anfang in Lausanne wollte ich kein Transparent tragen, aber als wir in Genf ankamen, trug ich die die Fahne mit dem Anti-Atomwaffen-Zeichen. Ich engagierte mich dann in der Anti-Atomjugend, ich sah wie die Anti-Atomwaffen-Bewegung diese Waffen als neue grösste Bedrohung der Menschheit.

Mit der Zeit genügte es mir nicht mehr, nur gegen Atomwaffen zu sein. Ich verweigerte den Militärdienst und engagierte mich in der Internationalen der Kriegsdienstgegner (IdK) wie natürlich auch im Sercive Civil International (SCI). Anfangs der Siebzigerjahre war ich in der IdK aktiv. Wir waren eine ganze Gruppe junger Leute, die Militärdienstverweigerungen durchführten und begleiteten, immer verbunden mit dem Engagement für einen Zivildienst. Diese

Engagements erfassten mich voll, ich beendete die Kantonsschule nicht und machte dann eine KV-Lehre im Europa-Verlag. Zu einer Weltreise, von der ich, nach der Reise nach Genf immer wieder träumte, hat es leider bis heute nicht erreicht.

Genauso einschneidend für meinen Lebens- und Berufsweg wie der Ostermarsch wurde dann der Bührle-Skandal. Der Schweizer Waffenkonzern Bührle lieferte 1968 illegal Waffen an Nigeria. Es kam dann aus, dass Bührle-Kanonen IKRK-Flugzeuge beschossen, die der vom Hungertod bedrohten Bevölkerung der für die Unabhängigkeit kämpfenden Provinz Biafra Nahrungsmittel brachten. Später wurde bekannt, dass Bührle auch in andere Länder, u.a. Südafrika, illegal Waffen ausgeführt hatte. Aus Anlass dieses hohe Wellen werfenden Bührle-Skandals lancierten wir eine Waffenausfuhrverbotsinitiative, die 1972 sehr viele, nämlich 49,7 Prozent aller abgegebenen (Männer-)Stimmen erhielt. Ich führte das Sekretariat dieser Initiative.

Von der Militärdienstverweigerung zum Schweizerischen Friedensrat

Der Schweizerische Friedensrat war 1945 als Dachorganisation schweizeri-

scher Friedensorganisationen gegründet worden. Das primäre Ziel war die Förderung des UNO-Beitritts der Schweiz. Ende der Sechziger-/Anfang der Siebzigerjahre öffnete sich der Friedensrat für weitere Themen wie Atomwaffenverbot, Militärdienstverweigerung, Zivilschutz, Waffenausfuhr, Militarisierung (z.B. Fraueneinbezug ins Militär), später Umweltschutz und Militär (Waffenplätze etc.). Diese thematische Öffnung interessierte unsere IdK-Gruppe von jungen AktivistInnen, und wir engagierten uns gemeinsam im Friedensrat. Als Hansjörg Braunschweig zurücktrat, wollten wir das Präsidentenamt abschaffen und eine kollektive Leitung errichten. Das war dann nicht möglich, sodass ich das Präsidium 1975 übernahm.

Die intensive Zeit mit den Militärverweigerungen, der Waffenausfuhrverbotsinitiative und weiteren friedenspolitischen Aktivitäten führte auch dazu, dass wir nicht mehr zurückwollten zur bisher ehrenamtlichen Arbeit im Friedensrat; eine bezahlte Stelle war nun für die Bewegung das richtige. Im Zusammenhang mit diesem Prozess über mehrere Jahre wurde der SFR vermehrt eine Mitgliederorganisation, auch, um die professionelle Stelle finanzieren zu können.

Nach meinem Lehraabschluss 1968 bewirkte die Waffenausfuhrverbotsinitiative eine Weichenstellung bezüglich meiner beruflichen Karriere. Friedenspolitik wurde mein Beruf. Ich arbeitete für die Waffenausfuhrverbotsinitiative, zusätzlich als Friedensratssekretär und, wegen dem Verdienst, interimistisch bei der AZ-Presse als Journalist. Ab 1974 absolvierte ich die Abendschule für Sozialarbeit in Zürich. Ab 1977 bis 2008 arbeitete ich für die Gewerkschaft VPOD, zuerst als Sekretär Lehrerberufe, später für die VPOD-Bildungspolitik. Dies waren immer Teilzeitstellen, dadurch konnte ich kontinuierlich und viel Friedensarbeit leisten – vor allem auch, weil meine Frau Verena meistens vollzeitlich arbeitete.



Bunkerkrieg 2023

Der VPOD als Arbeitgeber hat auch nie Druck ausgeübt wegen meinem friedenspolitischen Engagement. Ein Reibungspunkt hätten die im VPOD organisierten Militärangestellten werden können, aber diese Situation hat sich im Lauf der Jahrzehnte komplett verändert.

Gesamtverteidigungskonzeption – zu Tode verteidigen?

Das pure Gegenteil unserer Sicherheits- und Friedensideen war im Kalten Krieg die damalige Konzeption der «Gesamtverteidigung». Diese strebte an, alle gesellschaftlichen und politischen Bereiche zusammenzufassen und zu organisieren, alles auf eine autonome Verteidigung, unter Führung der Armee, auszurichten. Das bedeutete damals, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, «Sicherheit»: die Schweiz eine waffenstarrende Armee, 625'000 Männer in der Armee (bei einer Bevölkerung von 5,4 Millionen), die Schweiz eingegliedert in der Gesamtverteidigung, ohne aktive Aussenpolitik und ohne Mitmachen bei den wichtigsten internationalen Organisationen (UNO, Bretton Woods, Europa usw.), Verdächtigung alles Unkonventionellen («ab nach Moskau»), – erstarrt.

In den «Thesen für eine Wagnispolitik» kritisierte 1972 Verena Ritter vom Friedensrat: «Die Fixierung auf den Katastrophenfall (z.B. Krieg, Terror) verhindert die Sicht auf Alternativen, die ebenso wahrscheinlich sind.» Stichworte waren dann: Aussenpolitik der Solidarität mit den Schwächeren, «Beachtung von Minderheiten», echte Demokratisierung, «Entmilitarisierung des zivilen Bereichs» usw. Wir wandten uns aus diesen Gründen gegen Wehr- und Waffenschauen, wie sie damals üblich waren, kritisierten die Bunkerideologie des Zivilschutzes als Strategie der Gesamtverteidigung, sich auf den Atomkrieg vorzubereiten und einzurichten, statt sich für dessen Verhinderung zu engagieren.

Auch menschenrechtliche Fragen sind für mich immer zentral gewesen. Aus meiner Sicht sind Frieden und Menschenrechte untrennbar miteinander verbunden, dennoch haben beide Bereiche ihre Eigenheiten, die eine Un-

Gegen das Geschäft mit dem Tod. Für ein Waffenausfuhrverbot.



JA am 24. September



Unsere Landesverteidigung braucht Waffen,
aber keine Waffenausfuhr!

Ruedi Tobler war der Kopf der ersten Waffenausfuhrverbotsinitiative, die im Gefolge des Bührle-Skandals am 24. September 1972 zur Abstimmung kam und 49,7 Prozent Ja-Stimmen erhielt.

terscheidung sinnvoll machen. Als Militärdienstverweigerer stand zuerst die Einführung eines Zivildienstes im Vordergrund. Erst 1992 führte die Schweiz als eines der letzten Länder Europas einen Zivildienst ein. Auch in asylpolitischen Fragen haben wir uns immer wieder engagiert. Der SFR hat 1969 in der Vernehmlassung zur Totalrevision der Bundesverfassung verlangt, das Recht auf Asyl hineinzuschreiben.

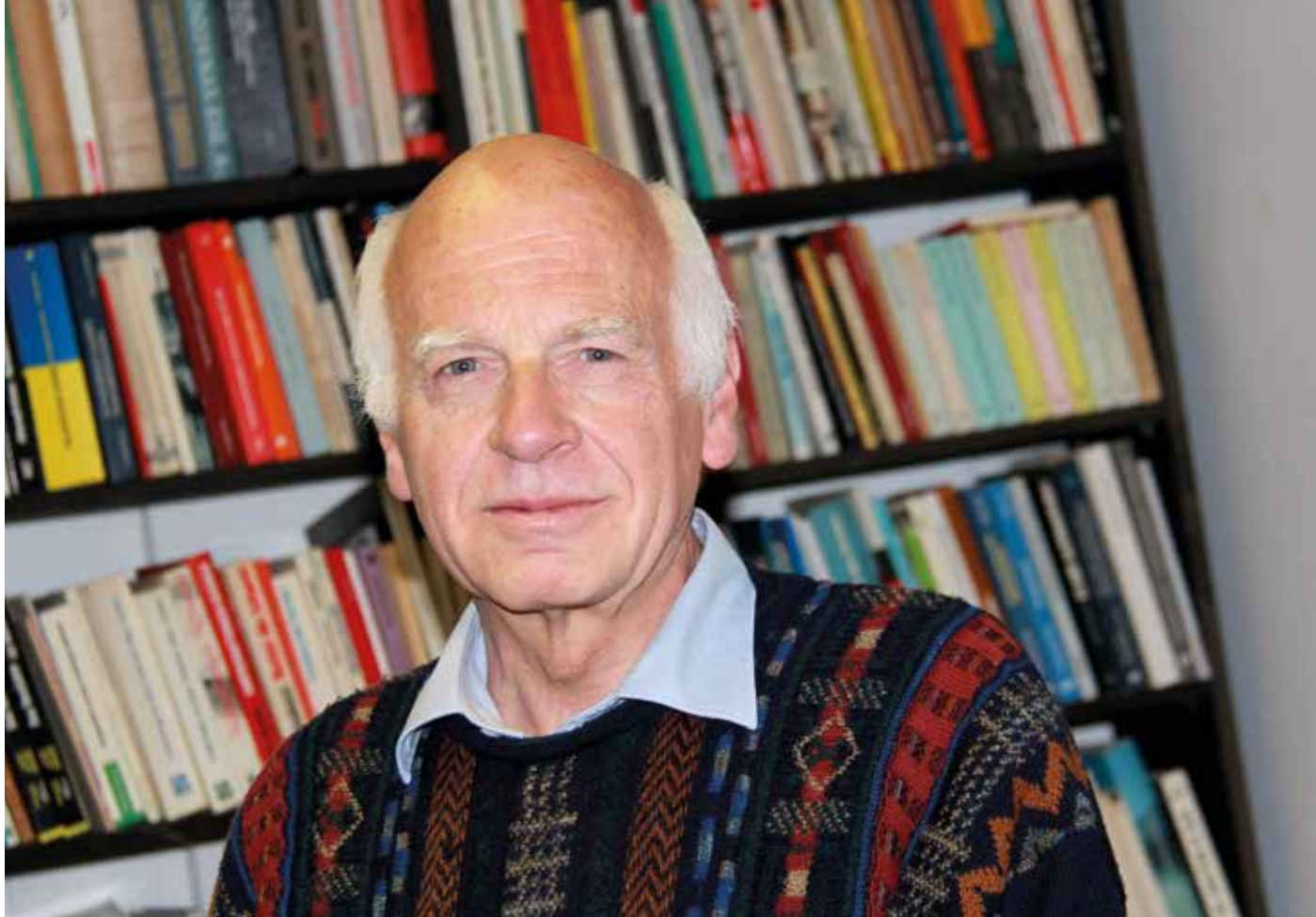
Der Friedensrat war und ist seit der erwähnten Öffnung Anfang der Siebzigerjahre mehr und mehr bei vielen thematischen Aktionen dabei, auf der anderen Seite gab es zu gewissen Zeiten kein Thema mehr, mit dem der SFR klar identifiziert wurde und wird. Vielleicht sollte man wieder mehr in Richtung Profilschärfung gehen. Mein Rücktritt könnte hier vielleicht etwas bewirken,

denn es ist schon so, dass mich immer sehr vieles interessiert hat und ich mich an (sehr) vielen Orten engagierte.

Gemeinsame Sicherheit statt Alleinverteidigung und Neutralität

Bei der ersten UNO-Abstimmung 1986 engagierten wir uns für den Beitritt, allerdings muss ich im Nachhinein sagen, dass wir als Friedensrat nicht besonders aktiv waren. In den 1990er-Jahren, nach dem Ende des Kalten Krieges, sahen wir endlich die Zeit gekommen, dass in der Schweiz realpolitisch von der autonomen Verteidigung zur Beteiligung an der UNO-Konzeption der kollektiven Sicherheit übergegangen werden könne. Wir setzten uns 1994 im Rahmen einer breiten Koalition für das von Bundesrat

Fortsetzung Seite 24



Fortsetzung von Seite 23

und Parlament vorgeschlagene Gesetz für eine Schweizer Beteiligung an den UNO-Blauhelmen ein, das aber in der Volksabstimmung abgelehnt wurde.

1995 forderten wir zusammen in einer breiten Koalition der Friedensorganisationen den endlich nötigen Schweizer UNO-Beitritt, aber auch die Reform der UNO «Agenda für den Frieden». Im Vorfeld der Abstimmung zum Schweizer UNO-Beitritt von 2001 sprachen wir uns im Jahr 2000 für einen «Abschied vom Inseldasein» aus. Der Beitritt sollte nicht ein Abschluss, sondern der Ausgangspunkt für eine fortschrittliche Friedens- und Menschenrechtspolitik werden. Unter anderem: dass die Neutralität, wenn das Völkerrecht gemäss UNO-Charta für die Schweiz gelten werde, erst recht nicht mehr zeitgemäss sei und durch eine Position der Blockfreiheit ersetzt werden sollte.

Aus abstimmungstaktischen Gründen – oder weil er daran glaubte –, propagierte hingegen der Bundesrat, dass UNO-Charta und Neutralität sich nicht widersprächen, ja, dass die Neutralität sogar durch den Beitritt gestärkt werde. Das war verheerend und verhinderte eine allmähliche Entwicklung vom damals schon unzeitgemässen Neutrali-

tätsfetischismus zu einer realitätsnäheren Selbstdefinition der Schweiz. Jetzt, mit dem Krieg gegen die Ukraine, ist die Neutralität plötzlich real von innen und aussen stark infrage gestellt, was offenbar für viele unerwartet kommt, weil seit 20 Jahren keine Grundsatzdebatte geführt wurde.

Wo bleibt neben der zivilen die militärische Friedensförderung?

Die Schweiz hat die zivile Friedensförderung seither einigermaßen ausgebaut (Friedensförderungsgesetz von 2003). Weil wir es mit der kollektiven Sicherheit der UNO ernst meinen, setzten wir uns 2001 für die Revision der Militärorganisation ein, die den bewaffneten Einsatz von Schweizer Militärs im Ausland möglich machte. Wir bzw. die SP Schweiz konnten vor der Abstimmung eine Einschränkung durchbringen, nach der solche Einsätze nur für UNO- und OSZE-mandatierte Einsätze erlaubt sind. Diese Einschränkungen sollte man wohl neu diskutieren, es gibt immer wieder auch andere sinnvolle militärische Friedensmissionen, beispielsweise die Waffenstillstandsüberwachungsmission in den Nuba-Bergen im Sudan 2002–2005, die vor allem von einzelnen Ländern getragen wurde. Die Schweiz hatte übrigens den Waffenstillstand massgeblich vermittelt,

konnte dann aber keine Militärs für die Überwachung entsenden.

Die Abstimmung zur Revision der Militärorganisation 2001 ergab die ganz knappe Zustimmung von 51 Prozent. Unsere Ja-Parole war ausschlaggebend gewesen. Ich finde, dass dann aber der UNO-Beitritt im Bereich gemeinsame Sicherheit nicht richtig umgesetzt wurde, das VBS versäumte es, aus diesem Bereich wirklich etwas zu machen. Zuerst baute es die militärische Friedensförderung zwar etwas aus, dann aber ging es nicht mehr weiter. Ein Grund war auch, dass lange SVP-Vertreter dem VBS vorstanden. Das muss endlich nachgeholt werden, wie auch der Fall Ukraine schon seit 2014 deutlich zeigt.

Sicherheit neu denken

Auch heute braucht es eine Wagnispolitik im Bereich Sicherheit, obwohl diese im Detail anders aussieht als 1974. Wir müssen uns gewissen Unsicherheiten stellen. Unter dem Stichwort «Sicherheit neu denken» befasst sich eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Friedensrates damit. Die UNO-Charta steht für mich zuoberst, weil sie die kollektive Sicherheit regelt (sie ist allerdings teilweise reformbedürftig, z.B. wegen dem Veto der ständigen Sicherheitsratsmitglieder).

Darum steht auch für mich die Aggression Russlands in der Ukraine und die Folgen momentan im Zentrum aller Überlegungen zu Frieden und Sicherheit der Schweiz, Europas und global. Die Schweiz sollte, wie es mir schon länger vorschwebt, die Prioritäten ihrer Sicherheits- und Militärpolitik umkehren. In der gegenwärtigen Rangordnung 1) Verteidigung des Territoriums, 2) Unterstützung für Katastrophen und 3) internationale militärische Friedensförderung sollten das Internationale zu Priorität 1) und die reine Verteidigung zu Priorität 3) werden. Die Schweiz ist, wie schon zuvor, nach dem Überfall Russlands nicht bedroht. Hingegen müssen die internationalen Aktivitäten vervielfacht werden.

Sicherheit und Frieden nach dem Überfall auf die Ukraine

Die Schweiz muss die Unterstützung der Ukraine deutlich verstärken, und zwar nicht, wie es der Bundesrat anstrebt, auf Kosten der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe. Dazu gehört auch, die Weiterausfuhr von Kriegsmaterial an die Ukraine zu ermöglichen, am besten mit einer Spezialregelung, denn der russische Überfall ist auch ein präzedenzloser Fall. Die Neutralität sehe ich gerade in dem Fall nur noch als Vorwand, das Völkerrecht nicht durchzusetzen. Die aussenpolitische Neupositionierung sollte endlich dem Gedanken der UNO-Charta Rechnung tragen und eine militärische Blockfreiheit definieren – anstelle der anachronistischen Neutralität.

Die Friedens- und Menschenrechtsengagements in der Aussenpolitik müsste ihre primäre Funktion werden. Die militärische Friedensförderung soll substanziell erweitert, die Rüstungsausgaben gesenkt werden. Die konkrete Zusammenarbeit mit den Nachbarländern, der EU und auch der Nato in der «Partnerschaft für den Frieden» (seit 1996) könnte auch aktiver gestaltet werden, unter der Frage: Was können wir dort einbringen (auch die Nato bedroht die Schweiz nicht). Etwas Weiteres ist mir sehr wichtig: Sicherheit darf auch nicht heissen, sich gegen den Süden abzusichern. Falsch finde ich die von «Service Citoyen» vorgeschlagene Dienstpflicht. Im Gegenteil sollte statt mehr Pflicht – dazu gehört auch der bundesrätliche Vorschlag, den Zivildienst in den Zivilschutz einzugliedern –, mehr freiwilliges Engagement gefördert werden, gerade

Ruedi Tobler

Ruedi Tobler, geboren 1947, ist seit Jahrzehnten eine der prägendsten Persönlichkeiten in der Friedensarbeit der Schweiz. Er war immer aktiv in vielen Friedens- und Menschenrechtsorganisationen, u.a. auch bei der IdK, dem SCI, der ARW, in Zivildienstorganisationen, bei humanrights.ch, an der NGO-Plattform zur UNO-Agenda 2030 usw. sowie in der Sozialdemokratischen Partei.

Die Friedenspolitik wurde für ihn schon in jungen Jahren, wie auch heute noch, zur selbstverständlichen Grundhaltung: Die Schweiz und die Welt sollten vom Frieden her gedacht und gestaltet werden. Seine Eltern und deren Freunde und Bekannte waren in der religiös-sozialen Bewegung aktiv, und das verstanden sie umfassend, im persönlichen, im beruflichen wie im politischen Bereich. Es war denn auch sein Vater Hermann, der 1963 Ruedi ermunterte, am Ostermarsch von Lausanne nach Genf teilzunehmen (vgl. Text). Seine Militärdienstverweigerung fand breite öffentliche Beachtung, als sie 1967 am Basler Theater unter der Regie von Erich Holliger rekonstruiert wurde.

Auch in der friedenspolitischen Szene gab es in den 1968er-Jahren eine aufmüpfige Jugend: Tobler war damals im Raum Zürich Teil einer Gruppe von Jungen, die mehr Aktion und pointierte Kritik wollten und weniger gediegene Versammlungen von Älteren. Viele friedenspolitische Aktivitäten erfolgten damals an der Gartenhofstrasse 7 in Zürich-Aussersihl. Dieses Haus war von Leonhard und Clara Ragaz seit den Zwanziger Jahren bewohnt und als Treffpunkt für ihre Aktivitäten pazifistischer, feministischer und flüchtlingsunterstützender Art genutzt und zur Verfügung gestellt worden (vgl. das Buch «Haus Gartenhof in Zürich. Raum für vernetzte Friedensarbeit», Chronos-Verlag 2019). Seither ist der «Gartenhof», auch dank seinem Versammlungssaal, ein Vernetzungs- und Treffpunkt für die Schweizer Friedensarbeit geworden und geblieben. Ruedi Tobler hat hier denn auch bei einer gemeinsamen Aktion seine Frau Verena kennengelernt. 1972 heirateten sie. Sie haben zusammen drei Kinder. Später wohnten sie lange im Appenzellischen, kürzlich sind sie nach Astano im Malcantone im Tessin umgezogen. (mh)

im Bereich Rettungs- und Katastrophenschutz. Dazu sollten die bestehenden Strukturen angepasst werden, indem die Kompetenzen und Zuständigkeiten klarer geregelt werden.

Sicherheit ist noch nicht Frieden

Der Bundesrat muss den UNO-Atomwaffenverbotsvertrag endlich ratifizieren.



ren. Atomwaffen waren damals und sind auch heute noch die grösste Bedrohung des Friedens. In den achtziger Jahren mussten wir erneut aktiv werden, aus Anlass der Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Europa durch die Nato und den Warschauer Pakt. Im Rahmen der damaligen europaweiten Anti-atomwaffenbewegung kam es zu den riesigen Demonstrationen und Menschenketten, vor allem 1981 und 1983, sowie zur erneuten Durchführung von diesmal grenzüberschreitenden Ostermärschen, bis heute. Uns wurde in der Zeit des Kalten Krieges vorgeworfen, wir wollten wegen der Atomwaffenabschaffung einen Frieden auf Kosten von Sicherheit. Was wir aber nicht wollten, war ein Frieden, der auf den atomaren Schutzschirm gebaut war. Das System der atomaren Abschreckung selbst ist ein Haupthindernis für einen umfassenden Frieden. Hinzu kommt die globale Ungleichheit und aktuell vielleicht noch bedrohender die ökologische Frage. Ich habe deshalb Verständnis, dass es weniger eine pazifistische Jugendbewegung gibt, aber eine Klimabewegung.

Irma will nicht zurück in die Schule

Irma ist siebenjährig und Spiridons Enkeltochter. Spiridons Familienmitglieder sind Rentiernomaden und gehören zur knapp 8000 Personen zählenden Volksgruppe der Dolgan, die im Mündungsgebiet des Chatangaflusses auf der Taymir-Halbinsel im hohen Norden Sibiriens leben. Irma will nach den Ferien nicht mehr zurück in die Schule, sondern beim Grossvater in der Tundra bleiben.

/Text: Sylvia Furrer,
Bilder: Holger Hoffmann /

Die Dolgan leben nicht wie andere sibirische Rentiernomaden in Zelten, sondern in direkt auf den Rentierschlitten gebauten Behausungen, den Baloks. Bei der Migration müssen sie also nicht ihre Zelte abbrechen, sondern lediglich genügend Rentiere vor den Schlitten spannen, und los geht's. Die Balken und Wände des zehn bis zwölf Quadratmeter grossen Baloks sind aus Holz, zur Isolation folgt aussen eine Schicht Rentierfelle, welche bei den beiden Fensteröffnungen noch sichtbar sind. Die Aussenhaut ist aus Canvas (Segeltuch) zum Schutz vor der Witterung. Neben

dem Ofen und den Fellen am Boden, die als Unterlage zum Sitzen und Schlafen dienen, hat es noch einen niedrigen Tisch, drei noch niedrigere Hocker, einige Töpfe für das Schmelzwasser und weitere Küchenutensilien, die an Wand oder Decke aufgehängt sind. Neben dem Fenster steht ein Funkgerät.

Spiridons Camp besteht aus zwei Baloks. Im einen leben die Grosseltern Spiridon und Irina, die beiden Onkel Mikhail und Makar, im anderen die Eltern Dascha und Iwan mit Irma und ihrem 3½-jährigen Bruder Markel. Das Camp befindet sich aktuell rund 60 Kilometer südwestlich vom 400-Seelendorf Syndassko, eine der nördlichsten ganzjährig bewohnten Ortschaften in Russland. Der Grund, dass sie ihr Lager so nah von Syndassko aufgeschlagen haben, ist das alljährlich Mitte April stattfindende Rentiernomadenfest.

Superman kommt auf Besuch

In der Ferne ertönt das Motorengeräusch eines Buran, wie man den Motorschlitten in Russland sagt. Es wird Tante Anna sein, zusammen mit ihrer zehnjährigen Tochter Mira und deren Freundin sowie dem vierjährigen Cousin, nach dem Grossva-

ter ebenfalls Spiridon benannt. Sie kommen aus Syndassko auf Besuch. Sie hatten ihr Kommen per Funk angemeldet, der Standort des Camps wurde ihnen von Irina beschrieben mit: «Geradeaus der Buranspur nach und dann links». Es verstreichen noch zehn Minuten, bis der Buran im Camp auftaucht. Die Freude ist auf allen Seiten gross. Anna berichtet, dass sie drei Stunden unterwegs waren, fast doppelt so lange wie erwartet. Wegen des leichten Schneefalls waren die Spuren immer weniger erkennbar, und die monotone, hügelige Tundralandschaft bot bei bedecktem Himmel kaum Orientierungshilfe.

Weder Anna noch der Freund Mikhails, der den Buran chauffierte, waren je an diesem neuen Standort gewesen. Sie seien sich nicht einig gewesen, wann sie sich links zu halten hätten. Aber jetzt seien sie doch da. Sie schlagen den Schnee mit einem am Eingang stehenden Stock von den mit Stickereien verzierten Fellmänteln, Mützen und Stiefeln und drängen sich dann einer nach dem anderen durch den Vorraum in den Balok, wo auf dem Ofen bereits ein grosser Topf gekochten Rentierfleisches auf die Gäste wartet. Obwohl der Balok zum Bersten voll ist, finden alle Erwachsenen einen Platz um den niedrigen Tisch. Die Kinder rutschen in der Ecke beim Ofen zusammen. Nur Markel weicht seiner Mutter nicht mehr von der Seite und wenn es nicht anders geht, versteckt er sich hinter Irma.

Der Grund dafür ist der nur ein halbes Jahr ältere Cousin Spiridon. Er trägt den Übernamen Superman. Seine Bewegungen und Blicke sind klar und bestimmt. Für einen Vierjährigen tritt er mit einer Souveränität auf, die ihn bereits jetzt als zukünftigen Anführer erkennen und Markel immer unsicherer werden lässt. Instinktiv stellt sich Irma schützend vor ihren Bruder. Die Situation entspannt sich, als Irina die von Anna mitgebrachten Süßigkeiten verteilt. Besonders Anklang finden die Orangen, die sie mitsamt Schale in kleine Schnitze schneidet.

Als Vorspeise gibt es Stroganina. Makar und Mikhail haben draussen vier gefrorene Fische von den Schuppen be-



Zum Einfangen der Rentiere braucht es einiges an Geschick.



Spiridons Familie unterwegs mit ihrem Balok.

freit. Mit einem scharfen grossen Messer werden nun vom Fisch dünne Scheiben geschnitten, die sich wie Hobelspäne lockern. Nach dem Essen versammelt sich die Jugend vor dem Laptop. Auch wenn es im Camp keine Internetverbindung gibt, wird er rege genutzt: Eine ganze Reihe von Spielfilmen, Videogames und Fotos sind darauf gespeichert. In Irmas aktuellem Lieblingsfilm geht es um eine Liebesgeschichte im russischen Mafiamilieu. Die junge schöne Heldin ist hin- und hergerissen zwischen ihrem verlässlichen Freund und dem schillernden Schurken. Ihre Onkel sind davon bald mal gelangweilt und wechseln zu einem Ego-Shooter-Game. Die Älteren spielen Karten, bis der Generator zu stottern anfängt und die Lampen flackern. Dann werden wie in alten Zeiten die Petrolampfen angezündet.

Gegen 22 Uhr ist es draussen immer noch etwas hell. Für die Ortskundigen ideale Lichtverhältnisse, um auf dem Schnee die Spur zu finden und den Unebenheiten auszuweichen, die das Schlittenfahren zu einer harten Belastung für das Rückgrat machen. Spiridon ist bereits vor einer Stunde mit seinem Rentierschlitten losgefahren. Er besucht einen Nachbar, der «nur» 70 Kilometer entfernt wohnt. Jetzt brechen auch Anna und die drei warm eingepackten Kinder auf, um nach Syndassko zurückzukehren.

Mit Eiszapfen im Gesicht

Über Nacht haben sich die knapp 200 zu Spiridons Herde gehörenden Rentiere

bei der Suche nach Futter unter der 10 bis 20 Zentimeter dicken Schneedecke immer weiter von den Baloks entfernt. Mikhail treibt sie mit dem Buran, wie man den Motorschlitten in Russland sagt, mit der Unterstützung der Hunde zurück. Sie hören Mikhails Befehle auf Distanzen von mehreren hundert Metern. Bei den Baloks warten schon die anderen Männer mit ihren Lassos, um diejenigen halbdomestizierten Tieren – Rentiere werden niemals völlig zahm – einzufangen, mit denen sie heute für das Rennen am Fest in Syndassko trainieren wollen. Gekonnt werfen sie das Lasso nach den von den Hunden rund um die Baloks getriebenen Tiere. Ivan ist ganz in seinem Element. Wenn dennoch einer von ihnen verfehlt, das falsche erwischt oder eins sich im letzten Moment aus der Schlinge befreit, wird herzlich gelacht.

So kann es bis zu einer Stunde dauern, bis Spiridons Mannschaft ein Dutzend Tiere eingefangen und ins Zaumzeug gelegt hat. Bevor es dann aber raus in die weisse Unendlichkeit geht, begeben sich alle erst noch mal in den Balok und stärken sich mit einem Stück Fleisch und einem Tee. Dann sind die drei jungen Männer nicht mehr zu halten. Makar kehrt bereits nach zehn Minuten zurück, er hatte eine Kurve zu eng genommen und die Kufe ist gebrochen. Die anderen beiden kommen erst nach gut einer Stunde zurück mit Eiszapfen und einem Strahlen im Gesicht. Bevor Onkel Mikhail sich aufwärmen kann, wird er von den Kindern bestürmt: Er

gibt dem Wunsch der Kinder nach und unternimmt mit ihnen noch eine Spritztour mit dem Buran.

Cuba zittert vor Kälte

Am frühen Abend kommt Spiridon von seinem Nachbarbesuch zurück. Das Bellen der Hunde hat schon lange zuvor sein Kommen angekündigt. Auf seinen Schlitten hat er fünf tote Rentiere gepackt, die er von seinem Nachbarn erhalten hat. Davon kann die Familie wieder ein paar Wochen leben. Aus einem Plastikbeutel, den er in seine Felljacke gesteckt hatte, zieht er zur Überraschung und Freude von Irma und Markel einen kleinen, drei Monate alten Hund. Er zittert am ganzen Körper vor Kälte. Am Kopf ist das Fell mit Eis verklebt. Das kleine runde Häufchen Elend wird von Irma «Cuba» getauft, was nichts mit dem Land zu tun hat, sondern in ihrer Sprache «Schwan» bedeutet, weil er mehrheitlich weisses Fell hat.

Schon bald tapst Cuba herum, fällt aber bei den Gehversuchen immer wieder hin. Irma und Markel tragen ihn umher und hätscheln ihn, was er sich gerne gefallen lässt. Nachts gibt es jedoch kein Pardon: Cuba schläft draussen im Vorraum in der Kälte; immerhin auf einem für ihn vorgesehenen Rentierfell. Trainiert müssen die Hunde nicht werden, denn sie haben ihre Arbeit im Blut und lernen von den anderen Hunden. Im Camp hat es insgesamt sechs Hunde. Ein schwarzer mit weissem Kragen ist der

Fortsetzung Seite 28

Leithund. Er ist völlig auf Spiridon fixiert und immer in seiner Nähe. Falls Spiridon im Balok ist, wo die Hunde keinen Zutritt haben, steht er auf die Hinterbeine und schaut von aussen durch das Fenster.

Es ist schon fast dunkel, als Makar und sein Freund Oleg mit Vollgas auf das Camp zusteuern. Sie haben auf den dem Buran angehängten Schlitten Steinkohle und Holz geladen. An der nur eine Stunde entfernten Uferböschung des Khatangaflusses haben sie die Kohle in einer leicht zugänglichen Ader herausgebrochen. Diese Kohle und das aus der ein paar hundert Kilometer südwestlich gelegenen Taiga stammende Schwemmh Holz sind das einzige Brennmaterial der Dolgan. In der Tundra, wo es keine Bäume und kaum Sträucher gibt, ist diese Situation jedoch geradezu komfortabel.

Die Glut bleibt im Ofen

Am andern Morgen teilt Irina mit, dass sie beschlossen hat, dass heute das Camp im Hinblick auf das Fest in Richtung Syndassko verlagert wird. Ohne viel Aufheben helfen die Kinder mit, alle Gegenstände im Balok auf den Boden zu legen oder in Schachteln zu verpacken. Den Ofen lässt Irina ausgehen, die Glut bleibt jedoch drin, damit bei Ankunft sofort wieder geheizt werden kann. Während die Frauen die Baloks für den Umzug parat machen, fangen die fünf Männer gemeinsam mit den Hunden 37 Rentiere

als Zugtiere ein. Dies dauert zwei bis drei Stunden. Markel möchte auch mithelfen. Grossvater Spiridon hat für ihn ein kurzes Lasso aus blauer Schnur vorbereitet. So schreitet Markel auf die wild um ihn herumrennende Herde zu und macht die den Erwachsenen abgeschauten Wurfbewegungen nach. Auch wenn er noch nicht trifft, wirkt der Knirps dabei schon sehr selbstbewusst. Er weiss, dass die Rentiere nie einen Menschen über den Haufen rennen würden, sie weichen selbst getrieben von den Hunden einem kleinen Kind, das mitten unter ihnen steht, immer aus.

Nachdem genügend Rentiere eingefangen sind, befreien die Männer die Baloks vom Schnee und machen die Schlitten flott. Die Vorbauten werden weggezogen und mit den ebenfalls auf Schlitten montierten Vorratskästen zusammengehängt. Vor dem Start versammeln sich alle zu einem späten Mittagessen. Es gibt Hörnli mit geschnetztem Rentierfleisch. Dann werden die Rentiere vorgespannt und los gehts. Fünf Kompositionen und die Rentierherde ziehen durch den unberührten Schnee. Bald taucht die langsam untergehende Sonne die sanfte Landschaft in ein warmes Licht.

Von Zeit zu Zeit hält Spiridon an und wartet auf die nachkommenden Schlitten und Rentiere. An einer Stelle, die er ausgewählt hat, hält der ganze Tross an, und das neue Camp wird in Kürze erstellt. Die Schlitten mit ihren Aufbau-

ten werden wie immer positioniert, die Vorbauten angehängt, der Schnee an die Baloks geschaufelt, der Ofen gefüttert und Tee gekocht. Währenddessen wollen die Kinder wieder nach draussen. Dascha knüpft den beiden warme geblümte Wollschals um den Kopf und über die Nase. Gut vor der Kälte geschützt, erkunden Irma und Markel die Umgebung des neuen Camps. In 100 Meter Entfernung hat es eine kleine Anhöhe, die sofort als Rutschbahn in Beschlag genommen wird.

Was jetzt noch fehlt, ist frisches Trinkwasser. Kein Problem, in kurzer Entfernung vom Camp befindet sich ein zugefrorener Teich. Dort hauen Makar und Oleg mit Beil und Brecheisen Eisblöcke heraus und binden sie auf die Schlitten. Nach dem Nachtessen holt Spiridon eine Flasche Sprit aus dem Vorratskasten. Zuerst wird den Geistern für die gelungene Fahrt gedankt und für einen glücklichen Aufenthalt an diesem Standplatz gebeten, indem einige Tropfen ins Feuer geschüttet werden. Mittlerweile ist die Nacht hereingebrochen und der ganze Himmel hat sich rot-orange-lila verfärbt.

Letzte Vorbereitungen vor dem Fest

Am Tag vor dem Fest ist noch ein letztes Rentier-Schlittentraining angesagt. Neben den Männern trainiert heute auch Dascha. Irina richtet währenddessen die Festtagskleider für die ganze Familie her. Sie bestehen in erster Linie aus Rentier- und Fuchsfellen. Anschliessend häutet sie einen schneeweissen Polarfuchs, den Oleg am Vortag mit einer Falle erlegt hat, und spannt ihn zum Trocknen auf. Das Fell hat nicht so gute Qualität, da der Winter für hiesige Verhältnisse zu milde war. Der Kadaver hat wenig Fleisch und kein Fett. Nicht nur die Kinder interessieren sich nicht für das gehäutete Tier, sondern auch die Hunde lassen das Fleisch unangetastet.

Spiridon erhält von Irma den Auftrag, das Holzhacken zu unterbrechen und eine Rentierkeule aus dem Vorratspeicher zu holen, der bei Aussentemperaturen von aktuell minus 20 Grad Celsius alle Lebensmittel tiefgefroren hält. Heute gibt es zur Fleischsuppe rohes Knochenmark. In einem zweiten Topf kochen Rentierfüsse. Die Sülze, die nach stundenlangem Kochen entstehen wird, ist eine Delikatesse, und Irina will sie den Verwandten zum Fest mitbringen.

Am Nachmittag spielen Irina, Spiridon, Dascha und Iwan Domino. Zur



Irma zusammen mit ihrer Grossmutter unterwegs nach Syndassko.

vollen Stunde legt Irina eine Pause für ein Funkgespräch mit den Nachbarn in weit entfernten Standplätzen ein. Irma, die gerade in einem dicken Heft Kreuzwortsrätsel löst, übernimmt für sie. Nach kurzer Zeit liegt sie vorne, obwohl Irinas Aussichten auf den Gewinn bis jetzt nicht sehr hoch waren. Sie gewinnt das Spiel, niemand ist überrascht, wissen doch alle, dass sie sehr schnell im Denken, Rechnen und Kombinieren ist.

Gegen Abend fährt die ganze Familie gemeinsam zum Festort Syndassko. Spiridon hat die für die Rennen vorgesehenen Rentiere an seinen Schlitten gebunden. Cuba wird in ein Rentierfell gepackt, und Irma schaut, dass der Winzling auf der ruppigen Fahrt nicht plötzlich vom Schlitten fällt und verloren geht. Die grossen Hunde versuchen, das Tempo der Schlitten mitzuhalten. Die Familie gleitet auf ihren Schlitten über die vom letzten Sonnenlicht glitzernden, nicht enden wollenden Schneeflächen hin.

85 Jahre Syndassko

Die Nacht hat die ganze Familie in der Kleinstwohnung von Tante Anna verbracht. Schon früh am Morgen eilen Irma und Markel zum Gemeindehaus von Syndassko. Vor dem Eingang schubsen sich schon andere Kinder gegenseitig in den Schnee. Auch sie haben ihre schönsten Jacken und Stiefel angezogen, wird doch am Nachmittag das bestangezogene Kind von Syndassko prämiert. Langsam treffen aus allen Himmelsrichtungen auch die Erwachsenen ein. Da heute das 85-jährige Bestehen von Syndassko gefeiert wird, sind auch viel Prominenz und zwei Fernsehteams mit dem Helikopter aus der 2000 Kilometer entfernten Hauptstadt Krasnojarsk eingeflogen worden.

Nina, die umtriebige Bürgermeisterin, führt souverän durch den Festakt. Dutzende von Dankesurkunden werden an verdiente Dorfbewohner verteilt, wie in alten Sowjetzeiten. Dazu gibt es Blumen aus Krasnojarsk und viel Applaus im bunt dekorierten Saal. Auch Anna wird auf die Bühne gebeten und mit einer Dankesurkunde geehrt. Für die Kinder wird es erst wieder interessant, als sich die Festgemeinschaft, angeführt von Elvira, einer Freundin von Mira, auf einem Rentier reitend, gefolgt von Fahnenträgerinnen, gemeinsam zum Festplatz begibt. Einer der Höhepunkte des Festes ist das Rennen der Männer.

Zwölf Rentierschlittengespanne werden in Position gebracht. Von Spiridons



Kurz vor Sonnenuntergang erreichen wir Syndasko fürs Fest.

Familie sind Mikhail, Makar und Iwan am Start. Der Start verläuft chaotisch, und so ist für Iwan das Rennen bereits nach wenigen Metern zu Ende. Das Rennen geht über 15 Kilometer. In der Zwischenzeit probieren Irma und Dascha die in den Festzelten aufgetischten kulinarischen Köstlichkeiten und geben anschliessend ihre Bewertung ab. Am Abend werden die besten Köchinnen prämiert. Nach einer halben Stunde stürmt die ganze Festgemeinschaft Richtung Ziel. Drei Schlitten kämpfen dicht an dicht um den Sieg. Kurz vor dem Ziel wird der mehrmalige Sieger auf den dritten Platz verwiesen. Mit nur wenigen Metern Vorsprung gewinnt schliesslich die Nummer 6: «Das ist Mikhail!», jubelt Irma. Sogleich wird er von Freunden und Verwandten umringt und hochgehoben. Noch völlig ausser Atem kann er es kaum fassen.

Er erhält nebst einem Glas Krimsekt einen Geldpreis von 300'000 Rubel, was dem Wert eines Buran oder von 100 Rentieren entspricht. Für Irma und Markel gibt es eine Cola, ein extrem seltener Genuss. Lange bewahren sie ihren Schatz, bevor sie sich doch entschliessen, die Büchse auszutrinken. Irma ist sichtlich stolz auf ihren Onkel. Weniger Glück hat ihre Mutter. Beim Rennen der Frauen verläuft der Start für Dascha nicht wie gewünscht. Die Rentiere laufen in der falschen Richtung und sind nicht zu bewegen, die Richtung zu wechseln, worauf sie enttäuscht aufgibt. Gefeiert wird noch lange, Spiridon spendiert eine Flasche Wodka. Es bleibt nicht bei dieser einen, denn jetzt besteht fast das ganze Dorf nur noch aus Freundinnen und Freunden.

Nicht die Wölfe sind das Problem

Nach dem Fest und den Schulferien wird Irma nicht mehr zurück in die Schule gehen. Sie wird zusammen mit Markel und ihren Eltern in die Republik Jakutien auswandern, wo ihre Eltern als Rentiernomaden angeheuert haben. Dies

hat verschiedene Gründe. Die Grösse der Rentierherde von Spiridons Familie ist mit knapp 200 Tieren eher klein. Es sind nicht die Wölfe, die die Herden dezimieren, sagt Spiridon. Das Hauptproblem sind die mehrere Hunderttausend Tiere zählenden wilden Rentierherden. Sobald die halb domestizierten Rentiere mit einer wilden Rentierherde in Kontakt kommen, schliessen sich einige Tiere den wilden Herden an. Aus wilden Rentieren kann man keine halb wilden machen. Um die Herden zu vergrössern, braucht es neben eigenem Nachwuchs Importe von halb wilden Tieren aus anderen Regionen.

Auch die für die Belange der Rentiernomaden wenig Verständnis aufbringende Politik sorgt für den Niedergang der Rentiernomaden. Die Nomaden werden nicht mehr im gleichen Umfang unterstützt wie zu Sowjetzeiten und auch nicht wie in der Nachbarrepublik Jakutien, das nur 150 Kilometer entfernt liegt. Hier leben ebenfalls Dolgan. Zudem sind die Lebensmittelpreise in Jakutien tiefer. Dies alles führt dazu, dass die Dolgan-Nomaden in der Region Krasnojarsk nur noch schwer als Rentier-Nomaden überleben können. Daschas und Ivans Entscheidung ist einerseits traurig, aber gleichzeitig eine Chance. So können sie ihr Nomadenleben und ihre Kultur weiterführen, verdienen etwas Geld und bleiben in Besuchsdistanz zu ihrer Familie. Für Irma aber geht damit der Wunsch in Erfüllung, noch möglichst lange das Eingesperrtsein in Dorf, Wohnung und Schulzimmer hinauszuzögern.

Sylvia Furrer und Holger Hoffmann haben seit 1977 gemeinsam über 100 Länder bereist. In den letzten Jahren hat es sie vermehrt in abgelegene Gebiete gezogen, um sich mit den traditionellen Kulturen indigener Völker auseinanderzusetzen. Ein Schwerpunkt stellen dabei nomadisierende Völker in der Arktis und in Afrika dar.

Ihre Webpage: www.chaostours.ch.

Warum gelten zwei verschiedene Massstäbe?

Am 25. September 2023 spricht Elisabeth Bäschlin, Präsidentin des Schweizerischen Unterstützungskomitees für die Sahraouis, am Café de la paix in Zürich zum Konflikt um die Westsahara. Im Folgenden beschreibt sie den Hintergrund und die aktuelle Situation im Gebiet: «Die Sahraouis haben ein Recht auf Selbstbestimmung, doch wen kümmert's... Eine werteorientierte Politik scheint international abgedankt zu haben.»

/Elisabeth Bäschlin /

Ein grosser Teil der Westsahara, der ehemaligen spanischen Kolonie Sahara, wird seit 1975 von Marokko widerrechtlich besetzt. Bereits 1963 hatte die UNO von Spanien verlangt, die Bevölkerung über ihre Zukunft bestimmen zu lassen, und 1973 haben junge Sahraouis die Frente Polisario gegründet als Befreiungsbewegung gegen die spanische Kolonisierung. Doch seit 1956, dem Jahr seiner Unabhängigkeit, erhebt Marokko Anspruch auf das Gebiet der Westsahara aufgrund eines angeblich historischen «Grossmarokko». In einem Gutachten vom 16. Oktober 1975 stellte der Internationale Gerichtshof in Den Haag fest, dass die Sahraouis als autochthone Bevölkerung das Recht auf Selbstbestimmung hätten und dass Marokko keinen territorialen Anspruch auf die Westsahara erheben könne.

Marokko «holt die Sahara heim»

Der damalige marokkanische König Hassan II. akzeptierte dieses Urteil nicht und organisierte Ende Oktober 1975 den «Grünen Marsch»: 350'000 marokkanische ZivilistInnen wurden in Lastwagenkolonnen, begleitet von einem grossen Medienspektakel, in die spanische Kolonie gefahren, um die «Sahara heimzuholen». Kaum jemand bemerkte, dass gleich-

zeitig die marokkanische Armee klammheimlich das Gebiet besetzte. Unter diesem Druck unterzeichneten Vertreter Spaniens in Madrid ein Dreier-Abkommen, in dem Spanien die Verwaltung seiner Kolonie Sahara zu zwei Dritteln an Marokko (Norden) und einem Drittel an Mauretanien (Süden) abtrat. Die Frente Polisario nahm darauf den bewaffneten Kampf gegen Marokko auf.

Ein Grossteil der sahraouischen Bevölkerung flüchtete vor der Besetzung durch Marokko erst ins Landesinnere und dann, nach Bombardierungen durch Napalm- und Phosphorbomben durch die marokkanische Armee, über den kleinen gemeinsamen Grenzstreifen nach Algerien, das den Sahraouis ein Wüstengebiet zur freien Nutzung zur Verfügung stellte. Am 27. Februar 1976 rief der Ältestenrat der Sahraouis in Bir Lehlou die Demokratische Arabische Republik Sahara als unabhängigen Staat aus. In den ersten Kriegsjahren war die sahraouische Volksarmee erfolgreich, bis Marokko 1981 mit technischer Unterstützung der USA und finanziert durch Saudi-Arabien

1981 die von ihm eroberten Gebiete mit einem elektronisch gesicherten Verteidigungswall und vorgelagerten Minenfeldern zu sichern begann. So brachte Marokko zwei Drittel der Westsahara unter seine Kontrolle.

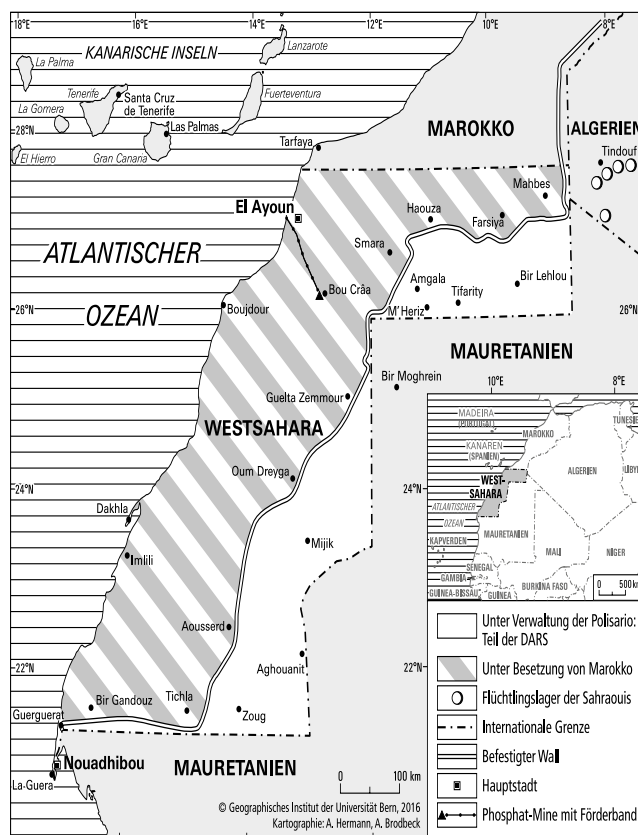
Der Friedensplan von 1991

Aufgrund der Initiative von UNO und OAU (die Organisation für Afrikanische Einheit war eine von 1963 bis 2002 bestehende Organisation fast aller afrikanischer Staaten und die Vorgängerorganisation der heutigen Afrikanischen Union) unterzeichneten beide Konfliktparteien im Sommer 1991 ein Friedensabkommen, das die Durchführung eines Referendums unter der sahraouischen Bevölkerung bis spätestens Februar 1992 vorsah. Seit Ende August 1991 sind UNO-Truppen, die Minurso, im Gebiet stationiert mit dem Auftrag, dieses Referendum durchzuführen. Doch bis heute konnte Marokko die Abstimmung erfolgreich verhindern – und plündert die Bodenschätze und die natürlichen Ressourcen des besetzten Gebietes.

2007 präsentierte Marokko einen Autonomieplan: Die Westsahara sollte eine autonome Region innerhalb des marokkanischen Staates werden. Der Autonomieplan ist die einzige Lösung, die Marokko akzeptieren will! Und die Sahraouis halten an ihrem internationalen Recht auf Selbstbestimmung fest.

Die aktuelle Situation

In den Flüchtlingslagern südlich von Tindouf leben heute 170'000 Sahraouis. Hier haben sie ihren Exilstaat DARS aufgebaut mit Schulen, Gesundheitswesen und Ministerien. Hier warten sie seit 48 Jahren auf ihr Recht auf Selbstbestimmung. Im unwirtlichen Wüstenklima ist ausser einigen Oasengärten kein Anbau möglich. So ist die Bevölkerung fast vollständig von internationaler Hilfe abhängig, die aber in den letzten Jahren immer



zögerlicher eintrifft, sodass oft Mangel herrscht.

Das Recht der sahraouischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung ist international unbestritten und wird in UNO-Resolutionen in regelmässigen Abständen immer wieder bekräftigt. Offiziell steht das Gebiet der Westsahara weiterhin auf der Liste der UNO der «nicht selbstverwalteten Gebiete», was nach einem Dekolonisierungsprozess verlangt. Gleichzeitig verlangt die UNO seit 2002 in ihren Resolutionen zur Westsahara stets «eine gerechte, nachhaltige und beiderseits akzeptierbare Lösung» – ein Ding der Unmöglichkeit bei den diametral entgegengesetzten Vorstellungen.

Klare internationale Rechtslage

Trotz dieser klaren Rechtslage setzt sich keine europäische Regierung für das Recht der Sahraouis ein und macht Druck auf Marokko, seine illegale Besetzung zu beenden. Die Situation in der Westsahara findet international kaum Interesse – auch nicht bei den demokratischen Staaten Europas. Im Gegenteil: Die Schweiz plant, Marokko für den Zeitraum 2025–2028 zu einem Schwerpunktland seiner internationalen Zusammenarbeit IZA zu machen.

Offiziell hat lange Zeit kein Land der Welt den marokkanischen Anspruch auf das Gebiet der Westsahara anerkannt, bis der damalige US-Präsident Trump im Dezember 2020 dies tat. Und im Gefolge der von Trump initiierten Abraham-Abkommen hat am 18. Juli 2023 auch Israel den marokkanischen Anspruch anerkannt und erwartet nun im Gegenzug, dass Marokko die PalästinenserInnen nicht weiter unterstützt.

Es ist verständlich, dass die aktuellen Diskussionen in Europa um die völkerrechtswidrige Besetzung der Ukraine durch Russland bei den Sahraouis Verwunderung, aber auch Wut auslösen. Die Sahraouis lehnen die Besetzung der Ukraine klar ab, fragen sich aber, warum sich denn im Fall der genauso völkerrechtswidrigen Besetzung der Westsahara niemand für die Rechte der Sahraouis einsetzt. Warum gelten da zwei verschiedene Massstäbe?

Elisabeth Bäschlin, em. Dozentin für Geographie, Präsidentin des SUKS / Schweizerisches Unterstützungskomitee für die Sahraouis, begleitet diese seit mehr als 40 Jahren. Als regelmässige Besucherin des Exilstaats Westsahara in den Flüchtlingslagern südlich der algerischen Oasenstadt Tindouf erlebt sie seit 1985 deren Veränderungen in Organisation und Gesellschaft hautnah mit.



Montag, 25. September 2023
19.00 – 21.00 Uhr

SFR, Gartenhofstrasse 7 in Zürich

Elisabeth Bäschlin zum Westsahara-Konflikt: Völkerrecht oder Partikularinteressen?

Die Sahraouis haben ein Recht auf Selbstbestimmung, doch wen kümmert's...
Eine wertorientierte Politik scheint international abgedankt zu haben
– auf Kosten des sahraouischen Volkes.

Elisabeth Bäschlin, em. Dozentin für Geographie, Präsidentin des SUKS / Schweizerisches Unterstützungskomitee für die Sahraouis, begleitet die Sahraouis in ihrem Kampf für das Selbstbestimmungsrecht seit mehr als 40 Jahren. Als regelmässige Besucherin des Exil-Staats Westsahara in den Flüchtlingslagern südlich der algerischen Oasenstadt Tindouf seit 1985 konnte und kann sie die Veränderungen in Organisation und Gesellschaft hautnah miterleben.

Tram Nr. 14 ab Hauptbahnhof Zürich Richtung Triemli bis Station Werd
(eine Station nach Stauffacher), dann zweite Strasse rechts.
Wer virtuell dabei sein möchte, melde sich bitte unter diana.schenkel@friedensrat.ch
bis zum 22. September 2023 an und erhält dann den Zugangscode.

Das Schweizerische Unterstützungskomitee für die Sahraouis SUKS wurde 1976 gegründet von den vier Organisationen cfd (Bern), terre des hommes schweiz (Basel), Dritte Welt Gruppe Aarau und SAH (Zürich), um die Sahraouis in ihrem Kampf um Selbstbestimmung zu unterstützen, einerseits durch humanitäre Hilfe / Aufbauhilfe in den Flüchtlingslagern und andererseits durch Informationsarbeit in der Schweiz. Heute ist das SUKS ein Verein mit Einzelmitgliedern, der allen Personen offensteht.



Montag, 27. November 2023
19.00 – 21.00 Uhr

SFR, Gartenhofstrasse 7 in Zürich

Psychische Gewalt: Definitionen, Auswirkungen, Lösungsstrategien

Vortrag/Diskussion mit einer Mitarbeiterin der Frauenberatung sexuelle Gewalt

Tram Nr. 14 ab Hauptbahnhof Zürich Richtung Triemli bis Station Werd
(eine Station nach Stauffacher), dann zweite Strasse rechts.

Wer virtuell dabei sein möchte, melde sich bitte unter
diana.schenkel@friedensrat.ch bis zum 24. November 2023 an
und erhält dann den Zugangscode.



Kundgebung zum UNO-Weltfriedenstag St. Gallen
Samstag, 23. September 2023, 14.30 Uhr auf dem Grüningerplatz

«Frieden ist ein Menschenrecht!»

«Frieden ist ein Menschenrecht» Claudia Friedl, Nationalrätin

Mitgliedschaft «Mayors for Peace», (Bürgermeister*innen für den Frieden),
Robert Diethelm, Gemeindepräsident von Heiden

Wie Friedenskultur entwickeln? Karl Brunner vom Arbeitskreis Friedenswochen/
Friedenskultur St. Gallen

Musik «Padma Band», indisch-europäische Rhythmen und Klänge,
mit Bettina Portmann, Sitar und Augustin Saleem, Tabla;
Tanz mit Melanie Hug von «Oriental Gypsies»

Moderation: Arani Jayakumar

Miteinladende und unterstützende Organisationen: CaBi Antirassismus-Treff St. Gallen, Demokratisch Kurdisches Gesellschaftszentrum St. Gallen, Internationaler Bodensee-Friedensweg, Friedenskultur St. Gallen; Gewerkschaftsbund St. Gallen; Grüne St. Gallen; Gruppe GFS, Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung; IFOR-MIR Schweiz; Erwachsenenbildung und Netzwerk junger Erwachsener der evang.-ref. Kirche St. Gallen; Ökumenische Gemeinde Halden; PFG Politische Frauengruppe St. Gallen; Schweizerischer Friedensrat; SP Stadt und Kanton St. Gallen; Verein Gerechtigkeit und Demokratie Sri Lanka; Solidaritätsthus St. Gallen; Theologische Bewegung für Solidarität und Befreiung; Interkulturelles Theater Thespias.

Vorbereitungsgruppe: Brigitta Beglinger, Karl Brunner, Gülsen Celikol, Leon Frischknecht,
Barbara Schällibaum, Marianne Jordi, Arani Jayakumar, Augustin Saleem

<https://frieden-ostschweiz.ch> → UNO-Weltfriedenstag

